

Endgültige Bedingungen Nr. 11 vom 9. Dezember 2011
zum Basisprospekt vom 26. Januar 2011
geändert durch die Nachträge vom 30. März 2011, 18. Mai 2011,
7. September 2011 und 17. November 2011

Potenzielle Anleger sollten sich bewusst sein, dass „Kapitalschutz“ lediglich bedeutet, dass die Schuldverschreibungen mindestens zum Nennbetrag zurückgezahlt werden, ein Verlust aber dann eintreten kann, wenn Transaktionskosten und der Ausgabeaufschlag berücksichtigt werden oder die Schuldverschreibungen nicht über die gesamte Laufzeit gehalten werden. Zudem ist die Emittentin im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit bestimmten Risiken ausgesetzt, deren Realisierung im schlimmsten Fall dazu führen kann, dass sie ihren Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen nicht oder nicht fristgerecht nachkommen kann.



Endgültige Bedingungen

Euro 100.000.000

InflationsGarant-Anleihe 07/2011

Bayerische Landesbank

Schuldverschreibungen mit Kapitalschutz

WKN: BLB1E7
ISIN: DE000BLB1E77

Emissionstag: 25. Januar 2012

Die Endgültigen Bedingungen wurden bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hinterlegt und werden in gedruckter Form bei der Emittentin zur kostenlosen Ausgabe an das Publikum bereitgehalten. Zudem ist vorgesehen, sie in elektronischer Form auf der Internet-Seite der Emittentin (www.bayernlb.de) bereitzustellen.

Präsentation der Endgültigen Bedingungen

Gegenstand dieser Endgültigen Bedingungen sind 100.000 Schuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von Euro 100.000.000, begeben von der Bayerischen Landesbank (die „Schuldverschreibungen“ oder die „Anleihe“). Die Endgültigen Bedingungen zum Basisprospekt werden gemäß Artikel 26 Abs. 5 Unterabs. 1 Alt. 2 der Verordnung (EG) Nr. 809/2004 durch Einbeziehung der Endgültigen Bedingungen in den Basisprospekt präsentiert, d. h. es werden diejenigen Teile des Basisprospekts in diesem Dokument wiedergegeben, in denen sich aufgrund der Endgültigen Bedingungen Änderungen ergeben. Dabei werden vorhandene Leerstellen ausgefüllt. Alternative oder wählbare (im Basisprospekt mit eckigen Klammern gekennzeichnete) Ausführungen oder Bestimmungen, die in den Endgültigen Bedingungen nicht ausdrücklich genannt sind, gelten als aus dem Basisprospekt gestrichen.

Die Endgültigen Bedingungen haben die folgenden Bestandteile:

I. Risikofaktoren	3
II. Wertpapierbeschreibung	8
III. Anleihebedingungen	12
IV. Besteuerung	18
V. Verkaufsbeschränkungen	28

Wir bestätigen hiermit, dass Informationen von Seiten Dritter korrekt wiedergegeben wurden und dass — soweit es der Emittentin bekannt ist und sie aus den von dieser dritten Partei veröffentlichten Informationen ableiten konnte — keine Tatsachen unterschlagen wurden, die die reproduzierten Informationen unkorrekt oder irreführend gestalten würden. Die Quellen der Informationen werden an der jeweiligen Stelle genannt, an der die Informationen verwendet werden. Es ist zu beachten, dass die vollständigen Angaben über die Emittentin und das Angebot sich nur aus dem Basisprospekt und den Endgültigen Bedingungen zusammen ergeben. Soweit Angaben in den Endgültigen Bedingungen und den beigefügten Anleihebedingungen vom Basisprospekt abweichen, sind die Angaben in den Endgültigen Bedingungen vorrangig gegenüber den Angaben im Basisprospekt. Der Basisprospekt wird in gedruckter Form bei der Emittentin zur kostenlosen Ausgabe an das Publikum bereitgehalten und ist in elektronischer Form auf der Website der Emittentin veröffentlicht (www.bayernlb.de).

I. Risikofaktoren

Potenzielle Käufer von Schuldverschreibungen, die unter diesem Basisprospekt begeben werden, sollten die nachfolgend beschriebenen wesentlichen Risikofaktoren bei ihrer Investitionsentscheidung in Betracht ziehen und diese Entscheidung nur auf der Grundlage des gesamten Basisprospektes treffen. Potenzielle Käufer sollten zudem in Erwägung ziehen, dass die beschriebenen Risiken zusammenwirken und sich dadurch gegenseitig verstärken können.

1. Risikofaktoren in Bezug auf die Emittentin

Wie andere Marktteilnehmer auch ist die Bayerische Landesbank im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit bestimmten Risiken ausgesetzt, deren Realisierung im schlimmsten Fall dazu führen könnte, dass die Bank ihren Verpflichtungen aus einer Emission von Wertpapieren nicht oder nicht fristgerecht nachkommen kann und der Investor sein Investment ganz oder teilweise verliert.

2. Risikofaktoren in Bezug auf die Schuldverschreibungen

Die Verzinsung der Schuldverschreibungen ist abhängig von der Entwicklung eines Basiswerts. Basiswert ist vorliegend ein Verbraucherpreisindex.

Die Schuldverschreibungen werden zu 100 % des Nennbetrags zurückgezahlt.

Diese Ausgestaltung ist mit den folgenden Risiken verbunden:

Produktbezogene Risikofaktoren

Allgemeines Renditerisiko aufgrund der Abhängigkeit von der Entwicklung eines Basiswerts

Die Besonderheit der Struktur der Schuldverschreibungen besteht darin, dass die Verzinsung der Schuldverschreibungen abhängig von der Entwicklung eines Basiswerts ist.

Basiswert ist vorliegend, wie in § 3 Absatz (2) der Anleihebedingungen definiert, ein Verbraucherpreisindex, somit ist die Verzinsung der Anleihe abhängig von der Preisentwicklung der in dem Index enthaltenen Warenkörbe.

Sofern der Anleger die Anleihe zur Verringerung seines persönlichen Inflationsrisikos einsetzt, ist zu beachten, dass die Preisentwicklung seines persönlichen Warenkorbs von dem auf die Preisentwicklung des Euroraums bezogenen Basiswert naturgemäß nur unvollständig abgebildet wird.

Die Rendite der Anleihe lässt sich erst am Ende der Laufzeit bestimmen, da erst dann die tatsächlich gezahlten Zinsbeträge bekannt sind.

Der Anleihegläubiger sollte beachten, dass Kapitalschutz lediglich bedeutet, dass die Schuldverschreibungen, vorbehaltlich des Ausfallrisikos der Emittentin, zum Nennbetrag zurückgezahlt werden, sofern der Anleihegläubiger die Schuldverschreibungen bis zu dem in den Anleihebedingungen genannten Rückzahlungstag hält. Nicht berücksichtigt werden dabei aber der tatsächlich bezahlte Ausgabepreis (inklusive des Ausgabeaufschlags) und etwaige Transaktionskosten. Veräußert der Anleihegläubiger vor Laufzeitende, z.B. über die Börse, kann der Veräußerungserlös unter dem eingesetzten Kapital liegen, so dass für den Anleihegläubiger tatsächliche Verluste entstehen (siehe dazu auch in diesem Abschnitt unter „Sonstige Marktpreisrisiken“). Der Anleger sollte deshalb seine wirtschaftlichen Verhältnisse daraufhin überprüfen, ob er sein Kapital bis zum Laufzeitende in den Schuldverschreibungen angelegt lassen kann.

Vorbehaltlich des Ausfallrisikos der Emittentin trägt der Anleger aufgrund des Kapitalschutzes zwar nicht das Risiko einer Rückzahlung am Laufzeitende unter dem Nennbetrag, es besteht aber das Risiko, dass die Rendite einer Kapitalmarktanlage mit vergleichbarer Laufzeit und marktüblicher Verzinsung nicht erreicht wird.

Besondere Risiken aufgrund der Abhängigkeit von einem Verbraucherpreisindex

Maßgebend für die Entwicklung des Basiswerts ist die Entwicklung der einzelnen dem Index zugrundeliegenden Warenkörbe. Diese wiederum lässt sich nicht vorhersagen, sie wird abhängen von der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in den einzelnen Ländern des Euroraums wie auch weltweit, von der Geldmenge, Energiepreisen, Wechselkursentwicklungen, der Arbeitsmarktlage, dem Konsum- bzw. Sparverhalten der Verbraucher, konjunkturellen Erwartungen, politischen Gegebenheiten, etc.

Risiken aufgrund der basiswertabhängigen Verzinsung

Da die Schuldverschreibungen eine vom Basiswert abhängige Verzinsung vorsehen, erhält der Anleger bei einer entsprechenden Wertentwicklung des Basiswerts gegebenenfalls nur die Mindestverzinsung und ist somit dem Risiko ungewisser Zinserträge ausgesetzt.

Risiko aus Anpassungsmaßnahmen

Während der Laufzeit der Schuldverschreibungen können Ereignisse in Bezug auf den Basiswert oder Bestandteile des Basiswerts eintreten, die die Emittentin berechtigen, Anpassungsmaßnahmen gemäß den Anleihebedingungen vorzunehmen.

In diesen Fällen wird die Emittentin die Anpassungen im billigen Ermessen unter Wahrung der Interessen der Anleger vornehmen. Naturgemäß ist aber nicht auszuschließen, dass sich die einer Anpassungsmaßnahme zugrunde liegenden Einschätzungen im Nachhinein als unzutreffend erweisen und sich die Anpassungsmaßnahme später als für den Anleger unvorteilhaft herausstellt.

Wiederanlagerisiko bei außerordentlichem Kündigungsrecht

Die Emittentin hat im Fall des Vorliegens von bestimmten, in den Anleihebedingungen näher beschriebenen Ereignissen ein außerordentliches Kündigungsrecht. Im Falle der Ausübung des Kündigungsrechts wird die Emittentin die Schuldverschreibungen zu einem nach billigem Ermessen bestimmten angemessenen Marktpreis, mindestens aber zum Nennbetrag zurückzahlen. Es besteht dabei ein Wiederanlagerisiko, das heißt ein Risiko, dass der Anleger die vorzeitig zurückerhaltenen Mittel nur zu verschlechterten Konditionen wieder anlegen kann.

Marktpreisrisiken infolge der basiswertabhängigen Struktur

Die Kursentwicklung der Anleihe während der Laufzeit ist abhängig von der Entwicklung des Basiswerts sowie vom Zins- und Kursniveau an den Kapitalmärkten, Währungsentwicklungen, politischen Gegebenheiten und unternehmensspezifischen Faktoren betreffend die Emittentin. Während ihrer Laufzeit kann der Marktpreis der Schuldverschreibungen unter dem Nennbetrag liegen.

Es gilt bezüglich der Einflussfaktoren auf den Basiswert das oben unter „Allgemeines Renditerisiko aufgrund der Abhängigkeit von der Entwicklung eines Basiswerts“ sowie das unter „Besondere Risiken aufgrund der Abhängigkeit von einem Verbraucherpreisindex“ Beschriebene.

Bei einer Veräußerung vor Endfälligkeit kann der erzielte Verkaufserlös unterhalb des eingesetzten Kapitals liegen.

Sonstige Marktpreisrisiken

Bei den Schuldverschreibungen handelt es sich um neu begebene Wertpapiere. Vor dem Emissionstag gibt es keinen öffentlichen Markt für die Schuldverschreibungen. Ab dem Emissionstag beabsichtigt die Emittentin, börsentäglich auf Anfrage Ankaufskurse zu stellen und Schuldverschreibungen anzukaufen. Die Emittentin übernimmt aber keine Rechtspflicht hinsichtlich der Höhe oder des Zustandekommens derartiger Kurse.

Obwohl die Schuldverschreibungen ab dem in der Wertpapierbeschreibung genannten Termin in den Freiverkehr einbezogen werden sollen, gibt es keine Gewissheit dahingehend, dass sich ein aktiver öffentlicher Markt für diese Wertpapiere entwickeln wird oder dass diese Einbeziehung aufrechterhalten wird.

Bei ungünstiger Entwicklung des Basiswerts, oder falls andere negative Faktoren zum Tragen kommen, kann mangels Nachfrage die Handelbarkeit der Schuldverschreibungen eingeschränkt sein. Die Emittentin ist nicht dazu verpflichtet, einen liquiden Markt aufrechtzuerhalten.

Im Falle besonderer Marktsituationen, in denen Sicherungsgeschäfte durch die Emittentin nicht oder nur unter erschwerten Bedingungen möglich sind, kann es zu vorübergehenden Ausweitungen der Spanne zwischen den von der Emittentin gestellten Kauf- und Verkaufskursen kommen, um die wirtschaftlichen Risiken der Emittentin einzugrenzen.

Transaktionskosten, Ausgabeaufschlag

Provisionen, insbesondere Mindestprovisionen oder feste Provisionen pro Transaktion (Kauf und Verkauf) kombiniert mit einem niedrigen Auftragswert, führen ebenso wie der Ausgabeaufschlag zu Kostenbelastungen, welche die Rendite möglicherweise erheblich verringern bzw. einen Verlust erhöhen.

Angebotsvolumen

Das angegebene Angebotsvolumen entspricht dem Maximalbetrag der angebotenen Schuldverschreibungen, lässt aber keinen Rückschluss auf das Volumen der jeweilig effektiv emittierten und bei einem Clearing-System hinterlegten Schuldverschreibungen zu. Anleger sollten daher beachten, dass auf Grundlage des angegebenen Angebotsvolumens keine Rückschlüsse auf die Liquidität der Schuldverschreibungen im Sekundärmarkt möglich sind.

Risikoausschließende oder risikoeinschränkende Geschäfte des Anlegers

Der potenzielle Käufer der Schuldverschreibungen kann nicht darauf vertrauen, während der Laufzeit der Schuldverschreibungen jederzeit Geschäfte abschließen zu können, durch deren Abschluss er in der Lage ist, seine Risiken im Zusammenhang mit den von ihm gehaltenen Schuldverschreibungen auszuschließen. Ob dies möglich ist, hängt von den Marktverhältnissen und von den dem jeweiligen Geschäft zugrunde liegenden Bedingungen ab. Unter Umständen können solche Geschäfte überhaupt nicht oder nur zu einem ungünstigen Marktpreis getätigt werden, so dass ein entsprechender Verlust entstehen kann.

Basiswertbezogene Risikofaktoren

Besondere Risiken aufgrund der Abhängigkeit von einem Index

Die Kursentwicklung des Index hängt von den einzelnen Indexkomponenten ab, aus denen sich der jeweilige Index zusammensetzt. Während der Laufzeit kann der Marktwert der Schuldverschreibungen jedoch auch von der Wertentwicklung des Index bzw. Indexkomponenten

abweichen, da neben weiteren Faktoren zum Beispiel die Korrelationen, die Volatilitäten, das Zinsniveau einen Einfluss auf den Marktwert der Schuldverschreibungen haben können. Unter dem Begriff „Volatilität“ versteht man die Schwankungsbreite bzw. die Kursbeweglichkeit des Index bzw. der Indexkomponenten. Unter dem Begriff „Korrelation“ versteht man ein Maß zur Bestimmung der Abhängigkeit der Entwicklung der jeweiligen Indexkomponenten voneinander.

3. Risikofaktoren in Bezug auf Interessenkonflikte

Ausgabepreis und Gebühren bzw. sonstige Kosten

Im Ausgabepreis für die Schuldverschreibungen kann, gegebenenfalls zusätzlich zu festgesetzten Ausgabeaufschlägen, ein für den Anleger nicht erkennbarer Aufschlag auf den ursprünglichen „fairen Wert“ der Schuldverschreibungen enthalten sein. Dieser Aufschlag wird von der Emittentin nach ihrem freien Ermessen festgesetzt und kann sich von den Aufschlägen unterscheiden, die andere Emittenten für vergleichbare Wertpapiere erheben.

Dieser Aufschlag enthält die Strukturierungsgebühr sowie Aufwendungen für andere Entgelte wie Vertriebsbonifikationen, die die Emittentin erhebt und an Vertriebspartner weitergibt. Der Aufschlag (einschließlich der Strukturierungsgebühr und der Vertriebsbonifikation) beeinträchtigt die Ertragsmöglichkeit des Anlegers.

Die Vertriebsbonifikationen werden an die Vertriebspartner weitergegeben und können auf Ebene des Vertriebspartners Interessenkonflikte zulasten des Anlegers zur Folge haben, weil hierdurch für den Vertriebspartner ein Anreiz geschaffen werden könnte, Produkte mit einer höheren Vertriebsbonifikation bevorzugt an seine Kunden zu vertreiben.

Handeln als Market-Maker für die Schuldverschreibungen

Die Emittentin oder eine von ihr beauftragte Stelle, kann für die Schuldverschreibungen als Market-Maker auftreten, d.h. unter gewöhnlichen Marktbedingungen regelmäßig Ankaufs- und Verkaufspreise für die Schuldverschreibungen einer Emission stellen wird, zu denen die Anleger die Schuldverschreibungen kaufen und verkaufen können. Durch ein solches „Market-Making“ wird die Emittentin oder die beauftragte Stelle („Market-Maker“) den Kurs der Schuldverschreibungen maßgeblich selbst bestimmen. Dabei werden die von dem Market-Maker gestellten Kurse normalerweise nicht den Kursen entsprechen, die sich ohne solches Market-Making und in einem liquiden Markt gebildet hätten.

Zu den Umständen, auf deren Grundlage der Market-Maker im Sekundärmarkt die gestellten Geld- und Briefkurse festlegt, gehören insbesondere der faire Wert der Schuldverschreibungen, der unter anderem vom Wert des Basiswerts abhängt, sowie die vom Market-Maker angestrebte Spanne zwischen Geld- und Briefkursen.

Die Spanne zwischen Geld- und Briefkursen setzt der Market-Maker abhängig von Angebot und Nachfrage für die Schuldverschreibungen und bestimmten Markteinschätzungen fest. Berücksichtigt wird darüber hinaus ein für die Schuldverschreibungen ursprünglich erhobener Ausgabeaufschlag.

Einfluss auf die Preisstellung im Sekundärmarkt haben des Weiteren beispielsweise eine im Ausgabepreis für die Schuldverschreibungen enthaltene Strukturierungsgebühr und die für den Basiswert oder dessen Bestandteile gezahlten oder erwarteten Dividenden oder sonstigen Erträge, wenn diese nach der Ausgestaltung der Wertpapiere wirtschaftlich der Emittentin zustehen.

Bestimmte Kosten, wie beispielsweise erhobene Verwaltungsentgelte, werden bei der Preisstellung vielfach nicht gleichmäßig verteilt über die Laufzeit der Schuldverschreibungen (*pro rata temporis*) preismindernd in Abzug gebracht, sondern bereits zu einem im Ermessen des Market-Maker stehenden früheren Zeitpunkt vollständig vom fairen Wert der Schuldverschreibungen abgezogen. Entsprechendes gilt für eine im Ausgabepreis für die Schuldverschreibungen gegebenenfalls enthaltene Strukturierungsgebühr sowie für Dividenden und sonstige Erträge des Basiswerts, die nach der Ausgestaltung der Schuldverschreibungen wirtschaftlich der Emittentin zustehen. Diese

werden oft nicht erst dann preismindernd in Abzug gebracht, wenn der Basiswert oder dessen Bestandteile „ex-Dividende“ gehandelt werden, sondern bereits zu einem früheren Zeitpunkt der Laufzeit, und zwar auf Grundlage der für die gesamte Laufzeit oder einen bestimmten Zeitabschnitt erwarteten Dividenden. Die Geschwindigkeit dieses Abzugs hängt dabei unter anderem von der Höhe etwaiger Netto-Rückflüsse der Schuldverschreibungen an den Market-Maker ab.

Die von dem Market-Maker gestellten Kurse können dementsprechend von dem fairen bzw. dem aufgrund der oben genannten Faktoren wirtschaftlich zu erwartenden Wert der Schuldverschreibungen zum jeweiligen Zeitpunkt abweichen. Eine solche Abweichung vom fairen Wert der Schuldverschreibungen kann dazu führen, dass die von anderen Wertpapierhändlern für die Schuldverschreibungen gestellten Ankaufs- und Verkaufspreise signifikant (sowohl nach unten als auch nach oben) von den von dem Market-Maker gestellten Kursen abweichen. Darüber hinaus kann der Market-Maker die Methodik, nach der er die gestellten Kurse festsetzt, jederzeit abändern, z.B. die Spanne zwischen Geld- und Briefkursen vergrößern oder verringern.

Absicherungsgeschäfte

Die Emittentin kann zur Absicherung ihrer Positionen aus der Emission von Schuldverschreibungen Absicherungsgeschäfte (so genannte „Hedge-Geschäfte“) vornehmen. Derartige Geschäfte haben nach Ansicht der Emittentin unter normalen Umständen keinen Einfluss auf den Wert des Basiswerts oder der Bestandteile des Basiswerts und somit auf den Kurs der Schuldverschreibungen selbst. Es kann jedoch nicht vollständig ausgeschlossen werden, dass der Kurs der Schuldverschreibungen durch Absicherungskäufe oder -verkäufe für den Anleger nachteilig beeinflusst wird. In diesem Fall ist es denkbar, dass Interessenkonflikte in der Zukunft auftreten.

Emission weiterer derivativer Instrumente

Die Emittentin und mit ihr verbundene Unternehmen können weitere derivative Instrumente auf den Basiswert ausgeben; die Einführung solcher Produkte kann sich auf den Kurs der Schuldverschreibungen auswirken.

Beratung durch die Hausbank

Der Basisprospekt und die Endgültigen Bedingungen ersetzen nicht die vor der Kaufentscheidung in jedem individuellen Fall unerlässliche Beratung durch den Anlageberater. Aufgrund der gegenüber anderen Anlageformen erhöhten Risiken eignen sich die Schuldverschreibungen nur für Anleger, die sich dieser speziellen Risiken bewusst sind.

II. Wertpapierbeschreibung

Die Wertpapierbeschreibung beinhaltet eine Beschreibung der Ausgestaltung der Schuldverschreibungen, die in den Anleihebedingungen verbindlich geregelt ist. Die Anleihebedingungen enthalten insbesondere Definitionen zu den in der Wertpapierbeschreibung verwendeten Begriffen. Im Hinblick auf das den Anleihegläubigern gemäß § 2 Absatz (1) der Anleihebedingungen zustehende Anleiherecht ist zu beachten, dass die Anleihebedingungen alleine maßgeblich sind.

1. Gegenstand

Die Schuldverschreibungen zeichnen sich dadurch aus, dass die Rückzahlung zum Nennbetrag erfolgt. Die Verzinsung der Schuldverschreibungen ist abhängig von der Entwicklung eines Basiswerts. Basiswert ist, wie in § 3 der Anleihebedingungen definiert, ein Verbraucherpreisindex.

2. Angaben über die anzubietenden Wertpapiere

Typ und Kategorie der Wertpapiere

Bei den Schuldverschreibungen handelt es sich um Wertpapiere im Sinne des § 2 Nr. 1a WpPG bzw. um Nichtdividendenwerte im Sinne des Art. 22 Abs. 6 Nr. 4 der Verordnung (EG) Nr. 809/2004, die im Rahmen eines Angebotsprogramms nach § 6 Abs. 1 Nr. 1 i.V.m. § 2 Nr. 5 WpPG begeben werden. Der ISIN Code und die WKN sind für die Schuldverschreibungen auf dem Deckblatt der Endgültigen Bedingungen angegeben.

Die Schuldverschreibungen stellen Inhaberschuldverschreibungen im Sinn der §§ 793 ff. Bürgerliches Gesetzbuch dar.

Anwendbares Recht

Form und Inhalt der Schuldverschreibungen sowie die Rechte und Pflichten der Anleihegläubiger und der Emittentin bestimmen sich in jeder Hinsicht nach deutschem Recht.

Verbriefung

Die Schuldverschreibungen sind in einer Globalurkunde ohne Zinsschein verbrieft, die bei der

Clearstream Banking AG
Neue Börsenstraße 1
60487 Frankfurt am Main

(nachstehend „CBF“ genannt) hinterlegt ist. Die Lieferung effektiver Einzelurkunden oder von Zinsscheinen kann während der gesamten Laufzeit nicht verlangt werden. Die Schuldverschreibungen sind als Miteigentumsanteile an der Globalurkunde in Übereinstimmung mit den Bestimmungen und Regeln der CBF und außerhalb der Bundesrepublik Deutschland der Clearstream Banking, société anonyme, Luxemburg, und der Euroclear Bank, S.A./N.V., Brüssel, übertragbar. Die Globalurkunde trägt die eigenhändige Unterschrift von zwei Zeichnungsberechtigten der Emittentin.

Währung

Die Schuldverschreibungen werden in Euro begeben.

Status und Rang

Die Schuldverschreibungen stellen unmittelbare, unbedingte, unbesicherte und nicht nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin dar und haben den gleichen Rang wie alle anderen unbesicherten, nicht nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin, unbeschadet etwaiger solcher Verbindlichkeiten, die aufgrund Gesetzes Vorrang genießen.

Rechte in Zusammenhang mit den Wertpapieren

Die Rechte in Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen und ihre Ausübung bestimmen sich nach den Anleihebedingungen. Jede Schuldverschreibung gewährt ihrem Inhaber das in § 2 Absatz (1) definierte Anleiherecht.

Die Schuldverschreibungen sind für die Emittentin, vorbehaltlich einer außerordentlichen Kündigung der Emittentin nach § 11, und für die Anleihegläubiger unkündbar.

Struktur der Schuldverschreibungen

Die Verzinsung der Schuldverschreibungen ist abhängig von der Entwicklung eines Basiswerts.

Als Berechnungsstelle fungiert die Bayerische Landesbank, Brienner Straße 18, D-80333 München.

Basiswert ist der unrevidierte harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) im Euroraum ohne Tabakwaren (HICP – all items excluding tobacco – Index (2005 = 100) Euro area; Bloomberg-Kürzel: CPTFEMU <Index>), auch als „Index“ bezeichnet.

Die Schuldverschreibungen werden in den ersten beiden Jahren bezogen auf ihren Nennbetrag zu dem jeweiligen Zinszahlungstag zu 4 % verzinst.

Die Schuldverschreibungen werden ab dem dritten Jahr bezogen auf ihren Nennbetrag zu dem jeweiligen Zinszahlungstag in Höhe des Zinssatzes „Z“ verzinst. Der Zinssatz „Z“ wird wie folgt ermittelt:

Zur Ermittlung des Zinssatzes „Z“ wird in jedem Jahr die Inflationsrate im Euroraum berechnet, die sich als prozentuale Entwicklung des Indexstandes drei Monate vor dem Zinszahlungstag verglichen mit dem Indexstand 15 Monate vor dem Zinszahlungstag ergibt. Wenn die Inflationsrate über 0 % liegt, wird in dem betreffenden Jahr eine Verzinsung in Höhe der Inflationsrate gezahlt. Anderenfalls beträgt der Zinssatz 0 %.

Die Schuldverschreibungen werden zum Nennbetrag zurückgezahlt.

Die Ansprüche des Anleihegläubigers aus dem Anleiherecht unterliegen der regelmäßigen Verjährungsfrist gemäß § 195 BGB von drei Jahren.

Renditeüberlegungen

Die Rendite der Anleihe lässt sich erst am Ende der Laufzeit bestimmen, da erst dann die tatsächlich gezahlten Zinsbeträge vollständig bekannt sind.

Für die Berechnung der individuellen Rendite über die Gesamtlaufzeit hat der Anleger den ursprünglich gezahlten Preis, den Rückzahlungsbetrag, die Höhe und den Zeitpunkt der einzelnen Zinszahlungen, die Laufzeit der Anleihe und die individuellen Transaktionskosten zu berücksichtigen.

Ermächtigung

Die Schuldverschreibungen werden aufgrund einer Rahmenermächtigung basierend auf dem

Vorstandsbeschluss vom 28. Dezember 2010 begeben.

Emissionstag

Der Emissionstag ist auf dem Deckblatt der Endgültigen Bedingungen angegeben.

3. Angaben über den zu Grunde liegenden Basiswert

Basiswert für die Schuldverschreibungen ist der Referenzwert, wie in § 3 der Anleihebedingungen und im Folgenden ausgeführt.

Erläuterung zu dem Basiswert

Der Referenzwert ist nachfolgender Tabelle und den Anleihebedingungen zu entnehmen. Informationen über die vergangene und künftige Wertentwicklung des Referenzwerts sowie die jeweilige Volatilitäten können unter der in der Tabelle angegebenen Internet-Adresse eingeholt werden. Diese Internetseite ist unbeschränkt zugänglich:

Referenzwert (Index)	Internetseite
der unrevidierte harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) im Euroraum ohne Tabakwaren (englische Bezeichnung, wie in der Statistik der Europäischen Kommission (Eurostat) verwendet: HICP – all items excluding tobacco – Index (2005 = 100) Euro area); Bloomberg-Kürzel: CPTFEMU <Index>.	http://epp.eurostat.ec.europa.eu

Der unrevidierte harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) des Euroraums ohne Tabakwaren zählt zu den EU-Verbraucherpreisindizes, die gemäß der Verordnung des Rates (EG) Nr. 2494/95 vom 23. Oktober 1995 nach einem harmonisierten Ansatz und einheitlichen Definitionen berechnet werden. Basisjahr ist das Jahr 2005. Der Euroraum erfasste zunächst Belgien, Deutschland, Irland, Spanien, Frankreich, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Portugal und Finnland. Griechenland gehört seit Januar 2001, Slowenien seit Januar 2007, Zypern und Malta seit Januar 2008, die Slowakei seit dem Januar 2009 und Estland seit dem Januar 2011 zum Euroraum. Neue Mitgliedstaaten werden anhand einer Kettenindexformel in den VPI-EWU integriert.

Der Index wird monatlich ermittelt und in der Regel in der Mitte des Folgemonats veröffentlicht.

Weiterführende Informationen zu den HVPI-Indizes sowie Tabellen zu den Indexständen sind auf der Internetseite der Europäischen Kommission (epp.eurostat.ec.europa.eu) abrufbar.

Anpassungsregelungen

Für den Fall, dass während der Laufzeit der Schuldverschreibungen Anpassungsmaßnahmen bezüglich des Basiswerts erforderlich sind, sieht § 7 der Anleihebedingungen entsprechende Regelungen vor, gegebenenfalls besteht nach dieser Vorschrift ein außerordentliches Kündigungsrecht der Emittentin.

Index-Störung

Für den Fall, dass zu einem Beobachtungszeitpunkt keine Feststellung des Indexstandes für den Basiswert stattfindet, sieht § 8 der Anleihebedingungen entsprechende Regelungen vor.

4. Bedingungen für das Angebot

Bedingungen

Die Gesamtsumme der Emission wird auf dem Deckblatt der Endgültigen Bedingungen angegeben.

Die Schuldverschreibungen werden vom 12. Dezember 2011 bis zum 20. Januar 2012 (12:00 Uhr) zur Zeichnung angeboten. Ein Höchstbetrag für die Zeichnung besteht nicht. Zu beachten ist allerdings die Stückelung der Anleihe in Schuldverschreibungen zum Nennbetrag von je Euro 1.000,-.

Die Emittentin behält sich vor, die Zeichnungsfrist vorzeitig zu beenden, wenn entweder Zeichnungen in Höhe des Gesamtvolumens der Schuldverschreibungen vorliegen, oder wenn sich das Marktumfeld während der Zeichnungsfrist so gravierend verändert, dass nach Ansicht der Emittentin die Marktgerechtigkeit der Konditionen nicht mehr gegeben ist.

Am Emissionstag werden die Schuldverschreibungen über das Clearing-System der CBF auf das Konto der das Anlegerdepot führenden Bank übertragen.

Preisfestsetzung

Der Ausgabepreis für die Schuldverschreibungen während der Zeichnung entspricht 101,00 % des Nennbetrags, d.h. es besteht ein Ausgabeaufschlag in Höhe von 1,00 %.

Der Ausgabepreis spiegelt den „fairen Wert“ der Schuldverschreibungen im Zeitpunkt der Begebung unter Berücksichtigung der Strukturierungsgebühr und gegebenenfalls sonstiger Entgelte, sowie des Ausgabeaufschlags wider.

Der „faire Wert“ der Schuldverschreibungen wird auf Basis des von der Emittentin jeweils verwendeten Preisfindungsmodells berechnet und hängt dabei neben dem Wert des Basiswerts auch von anderen veränderlichen Parametern ab. Zu den anderen Parametern können unter anderem derivative Komponenten, Zinssätze, die Volatilität des Basiswerts und die Angebots- und Nachfragesituation für Absicherungsinstrumente (so genannte „Hedging-Instrumente“) gehören. Die Preisfindungsmodelle werden von der Emittentin nach deren eigenem Ermessen festgesetzt und können von Preisfindungsmodellen abweichen, die andere Emittentinnen für die Berechnung vergleichbarer Wertpapiere heranziehen.

Bei der Kalkulation ihrer Strukturierungsgebühr berücksichtigt die Emittentin neben Ertrags Gesichtspunkten unter anderem auch Kosten für die Risikoabsicherung und Risikoprävention, die Strukturierung und Kosten für den Vertrieb der Schuldverschreibungen sowie gegebenenfalls Lizenzgebühren.

Die Strukturierungsgebühr wird von der Emittentin nach ihrem eigenen Ermessen festgesetzt und kann von Strukturierungsgebühren abweichen, die andere Emittentinnen bei vergleichbaren Wertpapieren vereinnahmen.

Darüber hinaus erhobene sonstige Entgelte oder Verwaltungsvergütungen können außer für die Abdeckung eigener Kosten auch dazu verwendet werden, Kosten für Aufwendungen zu decken, die die Emittentin für Leistungen Dritter aufzuwenden hat, sowie Aufwendungen für Provisionen, die im Zusammenhang mit Leistungen bei einer Platzierung der Schuldverschreibungen an Dritte gezahlt werden (sog. Vertriebsbonifikationen). Daneben spielen auch hier Ertrags Gesichtspunkte eine Rolle.

Die Emittentin gewährt den Vertriebspartnern für die Schuldverschreibungen eine Vertriebsbonifikation. Diese ist im Preis der Schuldverschreibungen enthalten. Weitere Informationen sind bei dem jeweiligen Vertriebspartner erhältlich.

Platzierung

Die Schuldverschreibungen können bei allen Banken und Sparkassen bezogen werden. Neben dem

außerbörslichen Erwerb sind auch Zeichnungen über die Börse Stuttgart möglich.

Als Zahlstelle fungiert die Bayerische Landesbank, Briener Straße 18, D-80333 München. Für die Schuldverschreibungen wird es keine Zahlstelle außerhalb der Bundesrepublik Deutschland geben.

5. Zulassung zum Handel

Eine Zulassung der Schuldverschreibungen zum regulierten Markt ist nicht beabsichtigt.

Die Einführung in den Freiverkehr an den Börsen München, Stuttgart und Frankfurt am Main ab 1. März 2012 wird beantragt. Die Bayerische Landesbank beabsichtigt aber, schon vor der Einführung der Schuldverschreibungen in den Freiverkehr börsentäglich auf Anfrage Ankaufskurse zu stellen und Schuldverschreibungen anzukaufen.

III. Anleihebedingungen

§ 1 (Form und Nennbetrag)

- (1) Die Anleihe der Bayerischen Landesbank (nachstehend die „Emittentin“ genannt) im Gesamtnennbetrag von Euro 100.000.000 (in Worten Euro einhundert Millionen) ist eingeteilt in

100.000 Schuldverschreibungen im Nennbetrag von je Euro 1.000

(die „Schuldverschreibungen“, in der Gesamtheit auch die „Anleihe“), die jeweils auf den Inhaber lauten und untereinander gleichberechtigt sind.

- (2) Die Schuldverschreibungen sind für ihre gesamte Laufzeit durch eine Globalurkunde ohne Zinsscheine (die „Globalurkunde“) verbrieft, die bei der Clearstream Banking AG, Frankfurt am Main (nachstehend „CBF“ genannt), hinterlegt ist. Ein Anspruch der Inhaber der Schuldverschreibungen (die „Anleihegläubiger“) auf Ausdruck und Auslieferung effektiver Schuldverschreibungen und Zinsscheine ist ausgeschlossen. Den Anleihegläubigern stehen Miteigentumsanteile an der Globalurkunde zu, die gemäß den Bestimmungen und Regeln der CBF und außerhalb der Bundesrepublik Deutschland der Clearstream Banking, société anonyme, Luxemburg, und der Euroclear Bank S.A./N.V., Brüssel, übertragen werden können. Die Globalurkunde trägt die eigenhändige Unterschrift von zwei Zeichnungsberechtigten der Emittentin.

§ 2 (Anleiherecht)

- (1) Jede Schuldverschreibung gewährt ihrem Inhaber einen Anspruch auf Zahlung eines sich nach § 4 errechnenden Zinsbetrags an dem jeweiligen Zinszahlungstag sowie das in § 5 festgelegte Recht, von der Emittentin am Rückzahlungstag die Rückzahlung der Schuldverschreibungen zum Nennbetrag zu verlangen (das „Anleiherecht“).
- (2) Die Schuldverschreibungen sind für die Emittentin, vorbehaltlich einer außerordentlichen Kündigung der Emittentin nach § 11, und für die Anleihegläubiger unkündbar.
- (3) Bei Käufen und Verkäufen von Schuldverschreibungen während der Laufzeit werden keine Stückzinsen berechnet oder bezahlt.
- (4) Sofern es die Emittentin, gleich aus welchem Grund unterlässt, die Rückzahlung am Rückzahlungstag oder die Zinszahlung am jeweiligen Zinszahlungstag in voller Höhe an die CBF zu erbringen, wird der Rückzahlungsbetrag oder der Zinsbetrag ab Fälligkeit zum gesetzlichen Zinssatz so lange verzinst, bis die Rückzahlung oder die Zinszahlung an die CBF erfolgt ist, soweit gesetzlich oder in den Anleihebedingungen nichts anderes vorgesehen ist.

§ 3 (Definitionen)

- (1) Es gelten für die Schuldverschreibungen die nachfolgenden allgemeinen Definitionen:

„Bankgeschäftstag“ ist jeder Tag, an dem das Abwicklungssystem TARGET2 betriebsbereit ist.

„Rückzahlungstag“ ist der 25. Januar 2018.

„Zinssatz“ ist der für die Berechnung des Zinsbetrags an einem Zinszahlungstag maßgebliche Zinssatz. Der Zinssatz ist entsprechend § 4 festgelegt bzw. wird gemäß § 4 ermittelt.

„Zinszahlungstag“ ist jeder der folgenden Tage:

- 25. Januar 2013
- 27. Januar 2014
- 26. Januar 2015
- 25. Januar 2016
- 25. Januar 2017
- 25. Januar 2018

- (2) Es gelten im Hinblick auf den Basiswert der Schuldverschreibungen die folgenden besonderen Definitionen:

„Basiswert“ ist der Referenzwert wie nachfolgend definiert.

„Beobachtungszeitpunkt“ ist jeder der folgenden Monate:

- Oktober 2013
- Oktober 2014
- Oktober 2015
- Oktober 2016
- Oktober 2017

„Index“ bezeichnet den unter „Referenzwert“ aufgeführten Index.

„Indexstand“ ist jeder Stand des Index bezogen auf einen beliebigen Monat, wie er vom Indexsponsor in der Regel in der Mitte des Folgemonats ermittelt wird und wie er auf der Relevanten Bildschirmseite veröffentlicht wird.

„Indexsponsor“ ist, vorbehaltlich einer Anpassung gemäß § 7, der in der Tabelle unter „Referenzwert“ für den Index bezeichnete Indexsponsor.

„Maßgeblicher Indexstand“ ist jeder auf einen Beobachtungszeitpunkt bezogene Stand des Index, wie er vom Indexsponsor in der Regel in der Mitte des auf den Beobachtungszeitpunkt folgenden Monats ermittelt wird und wie er auf der Relevanten Bildschirmseite veröffentlicht wird. Nachfolgende Korrekturen werden nicht berücksichtigt. Vorläufige Veröffentlichungen einer Schätzung des Maßgeblichen Indexstandes (in der Regel am Ende des Monats, der den Beobachtungszeitpunkt bildet) bleiben außer Betracht.

„Referenzwert“ bezeichnet, vorbehaltlich einer Anpassung gemäß § 7 den folgenden Index:

Index	Indexsponsor
Unrevidierter harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI) im Euroraum ¹ ohne Tabakwaren (HICP – all items excluding tobacco – Index (2005 = 100) Euro area Bloomberg-Kürzel: CPTFEMU <Index>	Europäische Kommission - Eurostat -

„Relevante Bildschirmseite“ ist vorbehaltlich einer Anpassung gemäß § 7 Absatz Bloomberg-Seite CPTFEMU <Index>.

¹ Der unrevidierte harmonisierte Verbraucherpreisindex des Euroraums ohne Tabakwaren zählt zu den EU-Verbraucherpreisindizes, die gemäß der Verordnung des Rates (EG) Nr. 2494/95 vom 23. Oktober 1995 nach einem harmonisierten Ansatz und einheitlichen Definitionen berechnet werden. Basisjahr ist das Jahr 2005. Der Euroraum erfasste zunächst Belgien, Deutschland, Irland, Spanien, Frankreich, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Portugal und Finnland. Griechenland gehört seit Januar 2001, Slowenien seit Januar 2007, Zypern und Malta seit Januar 2008, die Slowakei seit dem Januar 2009 und Estland seit dem Januar 2011 zum Euroraum. Neue Mitgliedstaaten werden anhand einer Kettenindexformel in den Index integriert.

Der Index wird monatlich ermittelt und in der Regel in der Mitte des Folgemonats veröffentlicht.

§ 4
(Verzinsung)

- (1) Am 25. Januar 2013 und am 27. Januar 2014 werden die Schuldverschreibungen bezogen auf ihren Nennbetrag zu 4,00 % verzinst.
- (2) Ab dem 26. Januar 2015 werden die Schuldverschreibungen bezogen auf ihren Nennbetrag wie folgt verzinst:

Der Zinssatz („Z“) für den jeweiligen Zinszahlungstag (t) entspricht der prozentualen Entwicklung des Maßgeblichen Indexstandes zum Beobachtungszeitpunkt 3 Monate vor dem jeweiligen Zinszahlungstag (t-3M) gegenüber dem Maßgeblichen Indexstand zum Beobachtungszeitpunkt 15 Monate vor dem jeweiligen Zinszahlungstag (t-15M), als Formel ausgedrückt:

$$Z = \frac{(\text{Maßgeblicher Indexstand}_{t-3M} - \text{Maßgeblicher Indexstand}_{t-15M}) \times 100}{\text{Maßgeblicher Indexstand}_{t-15M}} \quad \%;$$

wobei der Zinssatz auf vier Nachkommastellen gerundet wird und mindestens 0 % beträgt.

- (3) Der Zinsbetrag für jede Schuldverschreibung wird errechnet, indem der für den jeweiligen Zinszahlungstag geltende Zinssatz auf den Nennbetrag der Schuldverschreibung bezogen wird. Der Zinsbetrag wird kaufmännisch auf zwei Nachkommastellen gerundet.

§ 5
(Rückzahlung)

- (1) Die Schuldverschreibungen werden am Rückzahlungstag von der Emittentin zum Nennbetrag an die Anleihegläubiger zurückgezahlt.

§ 6
(Zahlungen)

- (1) Die Emittentin verpflichtet sich, alle Zahlungen auf die Schuldverschreibungen bei Fälligkeit in Euro über die CBF zu leisten. Vorbehaltlich von Absatz (3), erfolgt die Zahlung des Zinsbetrags am jeweiligen Zinszahlungstag und des Rückzahlungsbetrags am Rückzahlungstag.
- (2) Zahlungen an die CBF befreien die Emittentin in Höhe der geleisteten Zahlung von ihren Verbindlichkeiten gegenüber den Anleihegläubigern.
- (3) Wenn der jeweilige Zinszahlungstag oder der Rückzahlungstag kein Bankgeschäftstag ist, so erfolgt die Zahlung am nächsten darauffolgenden Bankgeschäftstag, ohne dass ein Anspruch auf zusätzliche Zinsen und sonstige Zahlungen besteht.

§ 7
(Anpassungen)

- (1) Maßgeblich für die Berechnung der Verzinsung ist das Konzept des Index, wie es vom Indexsponsor beschlossen und veröffentlicht wurde (das „Indexkonzept“) sowie die jeweilige Art und Weise der Berechnung, Feststellung und Veröffentlichung des jeweiligen Indexstandes durch den Indexsponsor (auch wenn künftig Veränderungen in der Berechnung des Index, in der Zusammensetzung oder Gewichtung der Kurse und Einzelwerte, auf deren Grundlage der Index berechnet wird, oder in der Art und Weise der Veröffentlichung oder sonstige Veränderungen, Anpassungen oder andere Maßnahmen vorgenommen werden, die sich auf die Berechnung des Index auswirken), soweit sich nicht aus den nachstehenden

Bestimmungen ein anderes ergibt.

- (2) Eine Anpassung der Ausstattungsmerkmale der Anleihe (nachfolgend auch die „Ausstattungsmerkmale“), insbesondere des jeweiligen Indexstandes t-15M, erfolgt, wenn zu einem Beobachtungszeitpunkt nach Auffassung der Emittentin das maßgebliche Indexkonzept und die Berechnung des Index infolge einer Veränderung, Anpassung oder anderen Maßnahme nicht mehr vergleichbar ist mit dem zum vorhergehenden Beobachtungszeitpunkt maßgeblichen Indexkonzept oder der zu diesem Beobachtungszeitpunkt maßgeblichen Berechnung des Index. Die Vergleichbarkeit ist insbesondere dann nicht mehr gegeben, wenn sich aufgrund einer Veränderung, Anpassung oder anderen Maßnahme eine wesentliche Änderung des Indexstandes ergibt. Eine Anpassung der Ausstattungsmerkmale kann auch bei Aufhebung des Index und/oder einer Ersetzung durch ein anderes Indexkonzept erfolgen. Eine Anpassung der Indexberechnung aufgrund von Veränderungen der Zusammensetzung des Euroraums oder der im Index enthaltenen Warenkörbe gilt nicht als Anpassung oder Veränderung des Index im Sinne dieses § 7.
- (3) Zum Zweck einer Anpassung wird die Emittentin nach billigem Ermessen und unter Berücksichtigung der Restlaufzeit der Schuldverschreibungen und ihres letzten festgestellten Kurses angepasste Ausstattungsmerkmale ermitteln, die in ihrem wirtschaftlichen Ergebnis möglichst weitgehend der bisherigen Regelung entsprechen. Die Emittentin wird unter Berücksichtigung des Zeitpunkts der Veränderung, Anpassung oder anderen Maßnahme auch den Tag bestimmen, an dem diese angepassten Ausstattungsmerkmale erstmals zugrunde zu legen sind.
- (4) Wird der Index aufgehoben bzw. durch ein anderes Indexkonzept ersetzt, wird die Emittentin, ggf. unter entsprechender Anpassung der Ausstattungsmerkmale bestimmen, ob und welcher andere Index künftig zugrunde zu legen ist, so dass der Anleger zum Zeitpunkt der jeweiligen Maßnahme wirtschaftlich grundsätzlich gleichgestellt bleibt. Dieser Index (auch der „Nachfolgeindex“) gilt dann als Index im Sinn von § 3.

§ 8 (Index-Störung)

Wenn nach Auffassung der Emittentin der Indexstand nicht in der Mitte des auf den jeweiligen Beobachtungszeitpunkt folgenden Monats durch den Indexsponsor veröffentlicht worden ist, und die Veröffentlichung auch nicht nachgeholt worden ist, wird die Emittentin spätestens fünf Tage vor dem Zinszahlungstag nach billigem Ermessen gemäß § 315 BGB – ggf. unter Hinzuziehung eines unabhängigen Sachverständigen – entweder (i) die Zinsberechnung auf der Basis des letzten von dem Indexsponsor festgestellten Indexstand durchführen, oder (ii) anderweitig einen „Ersatzwert“ für den Indexstand ermitteln oder (iii) die Zinsberechnung auf der Basis eines „Ersatzindex“ durchführen, der in seinen Eigenschaften dem ursprünglichen Index möglichst nahe kommt.

§ 9 (Status)

Die Schuldverschreibungen stellen unmittelbare, unbedingte, unbesicherte und nicht nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin dar und haben den gleichen Rang wie alle anderen unbesicherten, nicht nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin, unbeschadet etwaiger solcher Verbindlichkeiten, die aufgrund Gesetzes Vorrang genießen.

§ 10 (Bekanntmachungen)

- (1) Alle die Schuldverschreibungen betreffenden Mitteilungen werden im elektronischen Bundesanzeiger und, soweit gesetzlich vorgeschrieben, in einer Wirtschafts- oder Tageszeitung, die in den Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums weit verbreitet ist, in denen das öffentliche Angebot erfolgt, veröffentlicht.

- (2) Anstelle oder neben der Veröffentlichung einer Mitteilung nach Absatz (1) kann die Emittentin eine Mitteilung an CBF zur Weiterleitung an die Anleihegläubiger übermitteln.

§ 11

(Außerordentliche Kündigung der Schuldverschreibungen durch die Emittentin)

- (1) Ist nach Ansicht der Emittentin eine Anpassung gemäß § 7 aus welchen Gründen auch immer nicht möglich, so hat die Emittentin das Recht, die Schuldverschreibungen vorzeitig durch Bekanntmachung gemäß § 10 unter Angabe des nachstehend definierten Kündigungsbetrags zu kündigen. Die Kündigung wird wirksam mit dem Zeitpunkt der Bekanntmachung gemäß § 10 (der „Kündigungstag“).
- (2) Im Falle einer Kündigung zahlt die Emittentin an jeden Anleihegläubiger innerhalb von acht Bankgeschäftstagen nach dem Kündigungstag einen Betrag je Schuldverschreibung (der „Kündigungsbetrag“), der von der Emittentin nach billigem Ermessen - ggf. unter Heranziehung eines Sachverständigen - gemäß § 315 BGB als angemessener Marktpreis einer Schuldverschreibung ermittelt wird. Der Kündigungsbetrag entspricht mindestens dem Nennbetrag der Schuldverschreibungen. Die Rechte aus diesen Schuldverschreibungen erlöschen mit Zahlung des Kündigungsbetrags.

§ 12

(Begebung weiterer Schuldverschreibungen, Rückkauf)

- (1) Die Emittentin behält sich vor, von Zeit zu Zeit ohne Zustimmung der Anleihegläubiger weitere Schuldverschreibungen mit gleicher Ausstattung in der Weise zu begeben, dass sie mit den Schuldverschreibungen zusammengefasst werden, eine einheitliche Anleihe bilden und ihren Gesamtnennbetrag erhöhen. Der Begriff „Schuldverschreibungen“ umfasst im Falle einer solchen Erhöhung auch solche zusätzlich begebenen Schuldverschreibungen.
- (2) Die Emittentin hat jederzeit während der Laufzeit der Anleihe das Recht, nicht jedoch die Verpflichtung, Schuldverschreibungen zurückzukaufen. Die Emittentin ist nicht verpflichtet, die Anleihegläubiger davon zu unterrichten. Die zurückerworbenen Schuldverschreibungen können entwertet, gehalten, weiterveräußert oder von der Emittentin in anderer Weise verwendet werden.

§ 13

(Schlussbestimmungen)

- (1) Form und Inhalt der Schuldverschreibungen sowie sämtliche Rechte und Pflichten der Anleihegläubiger und der Emittentin bestimmen sich in jeder Hinsicht nach dem Recht der Bundesrepublik Deutschland.
- (2) Sollte eine der Bestimmungen ganz oder teilweise unwirksam sein oder werden, so bleiben die übrigen Bestimmungen wirksam. Die unwirksame Bestimmung ist durch eine wirksame Bestimmung zu ersetzen, die den wirtschaftlichen Zwecken der unwirksamen Bestimmung so weit wie rechtlich möglich Rechnung trägt.
- (3) Erfüllungsort ist Frankfurt am Main.
- (4) Gerichtsstand für alle Klagen und sonstigen Verfahren aus oder im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen für Kaufleute, juristische Personen des öffentlichen Rechts, öffentlich-rechtliche Sondervermögen und Personen ohne allgemeinen Gerichtsstand in der Bundesrepublik Deutschland ist München. Der Gerichtsstand München ist in den vorgenannten Fällen für alle Klagen gegen die Emittentin ausschließlich.

IV. Besteuerung

Dieser Abschnitt stellt eine Zusammenfassung bestimmter steuerlicher Vorschriften in der Europäischen Union sowie der Bundesrepublik Deutschland, der Republik Österreich und des Fürstentums Luxemburg dar. Er erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit der Informationen, die für eine Kaufentscheidung hinsichtlich der Schuldverschreibungen notwendig sein könnten. Die Zusammenfassung basiert auf den zum Datum dieses Prospektes geltenden steuerlichen Vorschriften in der Bundesrepublik Deutschland, der Republik Österreich und dem Fürstentum Luxemburg und berücksichtigt nicht ggf. anstehende Gesetzesänderungen. Diese Darstellung erhebt nicht den Anspruch, alle steuerlichen Aspekte zu erfassen und geht auch nicht auf die individuelle steuerliche Situation des einzelnen Anlegers ein.

1. EU-Zinsbesteuerungsrichtlinie

Am 3. Juni 2003 hat der Europäische Rat sich auf den endgültigen Wortlaut der Richtlinie zur Besteuerung von Zinseinkünften geeinigt (EU-Zinsrichtlinie). Hiernach muss jeder EU-Mitgliedsstaat die jeweils ansässigen Zahlstellen im Sinne der Zinsrichtlinie dazu verpflichten, den zuständigen Behörden des jeweiligen EU-Mitgliedsstaates Details im Hinblick auf Zinszahlungen an in einem anderen EU-Mitgliedsstaat ansässige natürliche Person als wirtschaftlichen Eigentümer der Zinsen mitzuteilen. Die zuständige Behörde des jeweiligen EU-Mitgliedsstaates, in dem die Zahlstelle im Sinne der Zinsrichtlinie ansässig ist, ist verpflichtet, diese Informationen den zuständigen Behörden desjenigen EU-Mitgliedsstaates mitzuteilen, in dem der wirtschaftliche Eigentümer der Zinsen ansässig ist.

Für einen Übergangszeitraum haben Österreich und Luxemburg statt des Informationsaustausches zu einem Quellensteuerabzug auf Zinszahlungen im Sinne der Zinsrichtlinie optiert. Hiernach werden in den ersten drei Jahren ab dem erstmaligen Anwendungszeitpunkt der Zinsrichtlinie 15 %, für die darauf folgenden 3 Jahre 20 % und ab dem siebten Jahr 35 % als Quellensteuer einbehalten. Analoge Regelungen gelten u.a. in der Schweiz und in Liechtenstein.

In seiner Sitzung am 7. Juni 2005 hat der Rat der Europäischen Union zugestimmt, dass die Regelungen, die zur Implementierung der EU-Zinsrichtlinie erlassen wurden, von den jeweiligen Mitgliedsstaaten ab dem 1. Juli 2005 angewendet werden sollen.

2. Besteuerung in der Bundesrepublik Deutschland

Die auf die Schuldverschreibungen gezahlten Kapitalerträge unterliegen bei einer Zahlung an in Deutschland unbeschränkt einkommen- bzw. Körperschaftsteuerpflichtige Personen grundsätzlich der deutschen Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer zuzüglich Solidaritätszuschlag und – falls die Schuldverschreibungen im Rahmen einer in Deutschland belegenen Betriebsstätte gehalten werden – auch der Gewerbesteuer. In Deutschland unbeschränkt steuerpflichtig sind insbesondere Personen, deren Wohnsitz, gewöhnlicher Aufenthalt, Sitz oder Ort der Geschäftsleitung sich in Deutschland befindet.

Besteuerung von im Privatvermögen gehaltenen Schuldverschreibungen

Sofern die Schuldverschreibungen im Privatvermögen eines in der Bundesrepublik Deutschland unbeschränkt Steuerpflichtigen gehalten werden, sind Zinsen sowie Erträge aus einer Einlösung oder Veräußerung der Schuldverschreibungen zu versteuern.

Wenn die Schuldverschreibungen in einem Depot verwahrt werden, das der Steuerpflichtige bei einem inländischen Kreditinstitut oder einem inländischen Finanzdienstleistungsinstitut im Sinne des Gesetzes über das Kreditwesen (einschließlich einer inländischen Zweigstelle eines ausländischen Kredit- oder Finanzdienstleistungsinstituts, jedoch ausschließlich einer ausländischen Zweigstelle eines inländischen Kreditinstituts oder eines inländischen Finanzdienstleistungsinstituts) oder einem inländischen Wertpapierhandelsunternehmen oder einer inländischen Wertpapierhandelsbank (nachfolgend „Deutsches Institut“) unterhält oder wenn ein solches Deutsches Institut die

Veräußerung der Schuldverschreibungen durchführt und das Deutsche Institut die jeweiligen Kapitalerträge auszahlt oder gutschreibt (nachfolgend „Auszahlende Stelle“), ist die Auszahlende Stelle verpflichtet, Kapitalertragsteuer in Höhe von insgesamt 26,375% (einschließlich Solidaritätszuschlag) einzubehalten und abzuführen.

Generell unterliegen Einkünfte aus Kapitalvermögen der sog. Abgeltungssteuer in Höhe von 26,375% (einschließlich Solidaritätszuschlag, jedoch ohne Berücksichtigung der ggf. anfallenden Kirchensteuer), falls der Anleger eine natürliche Person ist und die Schuldverschreibungen im Privatvermögen hält. Falls die Schuldverschreibungen von einer Auszahlenden Stelle verwahrt oder verwaltet werden, dann wird die Abgeltungssteuer unmittelbar von der Auszahlenden Stelle einbehalten (siehe oben). Eine natürliche Person kann auch der Kirchensteuer unterliegen. Auf schriftlichen Antrag des Anlegers ist die Auszahlende Stelle auch verpflichtet, die Kirchensteuer einzubehalten. Falls der Anleger sich durch den schriftlichen Antrag entscheidet, dass auch die Kirchensteuer im Rahmen des Abzugsverfahrens durch die Auszahlende Stelle zu berücksichtigen ist, ermäßigt sich die Abgeltungssteuer um 25 % der auf die Kapitalerträge entfallenden Kirchensteuer. Der auf diese Weise verminderte Kapitalertragsteuerbetrag ist die Bemessungsgrundlage der durch die Auszahlenden Stelle einzubehaltenden Kirchensteuer. Der Kirchensteuersatz ist in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich.

Im Falle der Veräußerung oder Einlösung der Schuldverschreibungen ist Bemessungsgrundlage der Unterschied zwischen den Einnahmen aus der Veräußerung oder Einlösung nach Abzug der Aufwendungen, die im unmittelbaren sachlichen Zusammenhang mit dem Veräußerungsgeschäft stehen, und den Anschaffungskosten, wenn die Schuldverschreibungen von der die Kapitalerträge auszahlenden Stelle erworben oder veräußert und seitdem verwahrt oder verwaltet worden sind.

Können die Anschaffungsdaten nicht nachgewiesen werden, sind 30% der Einnahmen aus der Veräußerung oder Einlösung Bemessungsgrundlage für die Berechnung des Kapitalertragsteuerabzugs. Diese pauschale Bemessungsgrundlage kann im Rahmen der Einkommensteuerveranlagung durch die tatsächliche Bemessungsgrundlage ersetzt werden.

Die Einkommensteuer ist hinsichtlich dieser Einkünfte mit Abführung der Kapitalertragsteuer grundsätzlich abgegolten. Die im Zusammenhang mit Kapitaleinkünften stehenden tatsächlichen Werbungskosten, finden keine steuerliche Berücksichtigung. Bei der Ermittlung der Einkünfte aus Kapitalvermögen wird bei Vorlage eines Freistellungsauftrages von den Einnahmen nur ein Sparer-Pauschbetrag in Höhe von bis zu EUR 801 (EUR 1.602 bei zusammen veranlagten Ehegatten) als Werbungskosten abgezogen. Legt der Anleger eine Nichtveranlagungsbescheinigung vor, ist ebenfalls eine Abstandnahme vom Steuerabzug durch die Auszahlende Stelle zu berücksichtigen.

Verluste aus Kapitalvermögen dürfen nicht mit Einkünften aus anderen Einkunftsarten (z.B. Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit) ausgeglichen werden. Die Verluste mindern jedoch die Einkünfte, die der Steuerpflichtige in den folgenden Veranlagungszeiträumen aus Kapitalvermögen erzielt.

Liegt der persönliche Steuersatz des Anlegers unter dem Abgeltungssteuersatz kann auf Antrag des Steuerpflichtigen von der Finanzverwaltung im Rahmen der Steuererklärung die tarifliche Einkommensteuer berechnet werden (Günstigerprüfung). Der Antrag kann für den jeweiligen Veranlagungszeitraum nur einheitlich für sämtliche Kapitalerträge gestellt werden. Über die einbehaltenen Steuerbeträge, die Höhe der noch nicht ausgeglichenen Verluste und die ausländische Quellensteuer ist dem Anleger eine Steuerbescheinigung nach amtlichem Muster auszustellen.

Besteuerung der im Betriebsvermögen gehaltenen Schuldverschreibungen

Im Falle von Kapitalgesellschaften, Personengesellschaften oder natürlichen Personen, die die Schuldverschreibungen im Betriebsvermögen halten, gilt, dass Zinsen und Gewinne aus einer Veräußerung oder Einlösung der Schuldverschreibungen der Körperschaftsteuer bzw. Einkommensteuer (jeweils zuzüglich Solidaritätszuschlag) und, soweit anwendbar, der Gewerbesteuer unterliegen. Etwaige bei Auszahlung abgezogene Kapitalertragsteuer sowie der Solidaritätszuschlag können angerechnet werden. Die besonderen Regelungen zur Abgeltungssteuer finden keine Anwendung.

Nicht in Deutschland steuerlich ansässige Anleger

Natürliche Personen und Kapitalgesellschaften, die in Deutschland steuerlich nicht ansässig und somit nicht unbeschränkt einkommen- bzw. körperschaftsteuerpflichtig sind, unterliegen mit ihren Erträgen aus den Schuldverschreibungen nicht der deutschen Einkommen- und Körperschaftsteuer und der deutschen Kapitalertragsteuer zzgl. des Solidaritätszuschlages, es sei denn, (i) die Schuldverschreibungen gehören zum Betriebsvermögen einer in Deutschland belegenen Betriebsstätte (einschließlich eines ständigen Vertreters), die der Inhaber der Schuldverschreibungen in Deutschland unterhält, oder (ii) die Einkünfte sind aus sonstigen Gründen als beschränkt steuerpflichtige Erträge nach deutschem Steuerrecht zu qualifizieren.

3. Zinsinformationsverordnung

Wir weisen darauf hin, dass vom 1. Juli 2005 an eine Auskunftserteilung nach der Zinsinformationsverordnung –ZIV- (Verordnung zur Umsetzung der Richtlinie 2003/48/EG des Rates vom 03. Juni 2003 im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen) bei Zinszahlungen an wirtschaftliche Eigentümer, die ihren Wohnsitz in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft haben, an das Bundesamt für Finanzen zum Zwecke des Informationsaustausches zu erfolgen hat. Als wirtschaftliche Eigentümer im Sinne der Verordnung (§ 2 ZIV) gilt, von Ausnahmetatbeständen abgesehen, jede natürliche Person, die eine Zinszahlung vereinnahmt oder zu deren Gunsten eine Zinszahlung erfolgt. Das Bundesamt für Finanzen leitet diese Auskünfte an die zuständige Landesverwaltung im Ansässigkeitsstaat des Empfängers weiter. Die Auskunftserteilung umfasst folgende Angaben: Identität und Wohnsitz des Eigentümers, Name und Anschrift der Zahlstelle, Kennzeichnung der Forderung aus der die Zinsen herrühren sowie den Gesamtbetrag der Zinsen oder Erträge und den Gesamtbetrag des Erlöses aus der Abtretung, Rückzahlung oder Einlösung.

4. Besteuerung in der Republik Österreich

Die auf die Schuldverschreibungen gezahlten Kapitalerträge unterliegen bei Zahlung an eine unbeschränkt steuerpflichtige natürliche oder juristische Person grundsätzlich der österreichischen Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer.

Die Besteuerung von Kapitalerträgen und Wertsteigerungen des Kapitalvermögens wurde einer umfassenden Änderung durch das Budgetbegleitgesetz (BBG) 2011 sowie das Abgabenänderungsgesetz (AbgÄG) 2011 unterzogen. Beide Gesetze treten grundsätzlich mit dem 1. April 2012 in Kraft. Einige Bestimmungen sind jedoch bereits rechtskräftig. Aus diesem Grund erfolgt die Darstellung der steuerlichen Folgen nach der geltenden Rechtslage und unter Berücksichtigung der ab dem 1. April 2012 eintretenden Änderungen (neuer Fassung oder nF).

Qualifikation als Anteil an einem ausländischen Investmentfonds

Die Schuldverschreibungen sind nicht als Anteile an einem ausländischen Investmentfonds nach § 42 InvFG (§ 188 InvFG 2011) anzusehen. Dieses Ergebnis ist aus der veröffentlichten Verwaltungspraxis und Rz 267 Investmentfondsrichtlinien 2008 abzuleiten. Die Schuldverschreibungen sind daher als Forderungswertpapiere zu qualifizieren. Mangels gesicherter Verwaltungsanweisungen kann aber eine abweichende Auffassung der Finanzverwaltung nicht ausgeschlossen werden.

Besteuerung bei Erwerb der Schuldverschreibungen vor dem 1. April 2012

Besteuerung im Privatvermögen natürlicher Personen

Laufende Zinsen

Laufende Zinsen aus Schuldverschreibungen führen bei einer natürlichen Person im Privatvermögen zu einkommensteuerpflichtigen Kapitalerträgen nach § 27 Abs 1 Z 4 EStG. Hinsichtlich der

steuerlichen Behandlung ist nach dem Ort der Verwahrung zu unterscheiden:

Bei **Inlandsverwahrung** unterliegen laufende Zinszahlungen durch das österreichische kuponauszahlende Kreditinstitut der Kapitalertragsteuer (KESt) von 25% (§ 93 Abs 1 und Abs 2 EStG). Liegt ein öffentliches Angebot der Schuldverschreibungen in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht vor, ist mit dem Abzug der KESt Endbesteuerungswirkung verbunden (§ 97 Abs 1 EStG). Bei **Auslandsverwahrung** sind laufende Zinsen im Rahmen der persönlichen Einkommensteuererklärung anzugeben. Beim Vorliegen des öffentlichen Angebots der Schuldverschreibungen in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht ist darauf der besondere Steuersatz von 25% anzuwenden, der ebenso mit der Endbesteuerungswirkung verbunden ist (§ 37 Abs 8 und § 97 Abs 1 EStG).

Sofern der Anleger – hinsichtlich des gesamten Einkommens – nach Maßgabe der progressiven Steuersätze des § 33 Abs 1 EStG zu einem niedrigeren als dem linearen Steuersatz von 25% besteuert wird, kann die Option auf die Besteuerung nach dem Normalsteuersatz (progressiver Tarif nach § 33 Abs 1 EStG) ausgeübt werden (§ 97 Abs 4 EStG). In diesem Fall sind laufende Zinsen – zusammen mit anderen endbesteuerungsfähigen Kapitalerträgen – im Rahmen der persönlichen Steuererklärung des Anlegers anzugeben. Die einbehaltene KESt wird auf die zu erhebende Einkommensteuer angerechnet und mit dem übersteigenden Betrag dem Anleger erstattet.

Sind die Voraussetzungen des öffentlichen Angebots in rechtlicher oder tatsächlicher Hinsicht nicht gegeben, unterliegen Zinsen dem Normalsteuersatz (progressiver Tarif nach § 33 Abs 1 EStG). Wurde die KESt abgezogen, ist diese auf die persönliche Einkommensteuerschuld des Anlegers anzurechnen.

Im Zusammenhang mit dem Erwerb der Schuldverschreibungen angefallene Werbungskosten dürfen, sofern ein öffentliches Angebot der Schuldverschreibungen in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht vorliegt, nicht abgezogen werden (§ 20 Abs 2 EStG).

Rückzahlung der Schuldverschreibungen

Ein **positiver Unterschiedsbetrag** zwischen dem Einlösungswert und dem Emissionskurs ist bei einer natürlichen Person im Privatvermögen als einkommensteuerpflichtiger Kapitalertrag nach § 27 Abs 2 Z 2 EStG anzusehen (Rz 6198a Einkommensteuerrichtlinien (EStR) 2000). Auf den positiven Unterschiedsbetrag sind vorstehende Grundsätze über die Besteuerung laufender Zinsen aus den Schuldverschreibungen anzuwenden. Die Besteuerung unterbleibt jedoch, wenn der Unterschiedsbetrag zwischen dem Emissionskurs und dem – im Wertpapier festgelegten – Rückzahlungswert die Grenze von 2% des Wertpapiernominales nicht überschreitet und die Emissionsbedingungen laufende Zahlungen von Zinsen vorsehen.

Ein **negativer Unterschiedsbetrag** zwischen dem Einlösungswert und dem Emissionskurs (Wertveränderungen unterhalb des Emissionskurses) führt nicht zu Einkünften aus Kapitalvermögen und ist im außerbetrieblichen Bereich grundsätzlich nur dann steuerlich zu erfassen, wenn Einkünfte aus Spekulationsgeschäften nach § 30 EStG vorliegen. Dabei ist der Normalsteuersatz anzuwenden. Für Schuldverschreibungen, die nach dem 30. September 2011 und vor dem 1. April 2012 entgeltlich erworben werden, ist abweichend folgende Regelung anzuwenden: Wertveränderungen unterhalb des Emissionskurses sind ungeachtet der Behaltedauer als Spekulationseinkünfte nach § 30 EStG anzusehen. Auf diese ist bei Veräußerung vor dem 1. April 2012 der Normalsteuersatz und bei Veräußerung ab 1. April 2012 der besondere Steuersatz von 25% anzuwenden, sofern die Schuldverschreibungen in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht öffentlich angeboten werden (§ 27a Abs 1 und 2 EStG nF iVm § 124b Z 184 EStG nF).

Bei Aktienanleihen und vergleichbaren Produkten (zB *high yield notes*) kann der negative Unterschiedsbetrag in Höhe der maximal gezahlten Kuponzinsen als rückgängig gemachter Kapitalertrag (negative Einkünfte aus Kapitalvermögen nach § 27 Abs 2 Z 2 EStG) behandelt werden (Rz 6198 EStR 2000). In Höhe der letzten Kuponzahlung liegt ein rückgängig gemachter Kapitalertrag auch für Zwecke der Kapitalertragsteuer vor. Ansonsten kann eine – auf frühere Kuponzahlungen – einbehaltene KESt im Wege eines Antrages nach § 240 BAO zurückerstattet werden. Ein darüber hinaus gehender Verlust ist als Substanzverlust zu qualifizieren, auf den die vorstehenden Bestimmungen anzuwenden sind. Für die Anwendung der Grundsätze für *high yield notes* auf die

Schuldverschreibungen besteht jedoch keine gesicherte Verwaltungspraxis, sodass ein abweichendes Vorgehen nicht ausgeschlossen werden kann.

Zwischenerwerb und Zwischenveräußerung der Schuldverschreibungen

Im Fall einer Veräußerung der Schuldverschreibungen vor Fälligkeit sind Stückzinsen abzugrenzen und als Einkünfte aus Kapitalvermögen zu versteuern (§ 27 Abs 2 Z 5 EStG). Zu den Stückzinsen gehören die anteiligen Kuponzinsen der laufenden Zinsperiode, die – nach der Auffassung der Finanzverwaltung – nach einer finanzmathematischen Formel als Differenz zwischen dem Veräußerungspreis und dem inneren Wert, basierend auf der Rendite des Forderungswertpapiers zu berechnen sind. Auf die Stückzinsen sind vorstehende Grundsätze über die Besteuerung laufender Zinsen aus den Schuldverschreibungen anzuwenden.

Die vom Erwerber der Schuldverschreibungen bezahlten Stückzinsen stellen bei diesem rückgängig gemachten Kapitalertrag dar, sofern der Erwerb der Schuldverschreibungen vor dem 1. April 2012 erfolgt. Bei Inlandsverwahrung führt die Belastung des Erwerbers mit Stückzinsen insoweit zu einer Kapitalertragsteuergutschrift, als diese Stückzinsen im Zeitpunkt der Gewährung der Gutschrift tatsächlich der Kapitalertragsteuernpflicht unterliegen. Bei Auslandsverwahrung sind die bezahlten Stückzinsen im Rahmen der Steuererklärung als negative Einkünfte aus Kapitalvermögen anzugeben.

Besteuerung im Betriebsvermögen natürlicher Personen

Die vorstehenden Grundsätze für natürliche Personen, welche die Schuldverschreibungen im Privatvermögen halten, gelten für – im Betriebsvermögen natürlicher Personen gehaltene – Schuldverschreibungen sinngemäß, jedoch unter Beachtung folgender Besonderheiten: Die Einkünfte gelten als betriebliche Einkünfte. Allfällige Substanzgewinne und -verluste werden im Rahmen der betrieblichen Einkünfte zum Normalsteuersatz erfasst. Ab 1. April 2012 ist auf Substanzgewinne der besondere Steuersatz von 25% anzuwenden (§ 27a Abs 1 und 2 EStG nF, § 124b Z 192 EStG nF).

Besteuerung im Privatvermögen von Privatstiftungen

Die vorstehenden Grundsätze für natürliche Personen, welche die Schuldverschreibungen im Privatvermögen halten, gelten für (eigennützige, dh nicht gemeinnützige) Privatstiftungen sinngemäß, jedoch unter Beachtung folgender Besonderheiten: Statt der KEST bzw des besonderen Steuersatzes von 25% ist – beim Vorliegen eines öffentlichen Angebotes in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht – das Regime der Zwischenbesteuerung mit dem Körperschaftsteuersatz von 25% anzuwenden (§ 13 Abs 3 KStG). Die Zwischenbesteuerung unterbleibt insoweit als im Veranlagungszeitraum Zuwendungen an Begünstigte erfolgen und davon die KEST einbehalten worden ist sowie keine Entlastung von der KEST aufgrund von Doppelbesteuerungsabkommen erfolgt (§ 13 Abs 3 KStG). Bei Inlandsverwahrung der Schuldverschreibungen findet die Befreiung von der KEST nach § 94 Z 11 EStG (§ 94 Z 12 EStG nF) Anwendung.

Liegt kein öffentliches Angebot in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht vor, sind Zinsen und allfällige Unterschiedsbeträge zum Körperschaftsteuersatz von 25% steuerpflichtig. Spekulationsgeschäfte nach § 30 EStG unterliegen bei einer Privatstiftung der Körperschaftsteuer zum Normalsteuersatz (25%).

Besteuerung im Betriebsvermögen juristischer Personen und Privatstiftungen

Allfällige Erträge aus den Schuldverschreibungen unterliegen als Einkünfte aus Gewerbebetrieb dem Körperschaftsteuersatz von 25%. Bei Privatstiftungen ist die Befreiung von der KEST nach § 94 Z 11 EStG (§ 94 Z 12 EStG nF) anzuwenden. Bei Kapitalgesellschaften kann die Befreiung von der KEST nach § 94 Z 5 EStG (§ 94 Z 5 EStG nF) zur Anwendung kommen. Auf die Besonderheiten aufgrund der Gewinnermittlungsvorschriften (Buchhaltungs- und Bilanzierungsvorschriften) wird an dieser Stelle kein ausdrücklicher Bezug genommen. Allfällige Substanzgewinne und -verluste werden im Rahmen der betrieblichen Einkünfte erfasst. Es ist der Körperschaftsteuersatz von 25% anzuwenden.

Besteuerung bei Erwerb der Schuldverschreibungen nach dem 31. März 2012

Besteuerung im Privatvermögen natürlicher Personen

Bei einer natürlichen Person sind laufende Zinsen als Einkünfte aus der Überlassung des Kapitals nach § 27 Abs 2 EStG nF und die Substanzgewinne und Substanzverluste als Einkünfte aus realisierten Wertsteigerungen des Kapitalvermögens nach § 27 Abs 3 EStG nF steuerpflichtig. Stückzinsen werden für Erwerbe nach dem 31. März 2012 nicht mehr als Kapitalerträge erfasst, sondern als Teil des Anschaffungs- oder Veräußerungsvorganges gesehen. Die Steuerpflicht ist von der Behaltdauer der Schuldverschreibungen unabhängig. Hinsichtlich der steuerlichen Behandlung ist nach dem Ort der Verwahrung zu unterscheiden:

Bei **Inlandsverwahrung** unterliegen laufende Zinszahlungen und realisierte Wertsteigerungen der KESt von 25% und der Endbesteuerung (§ 27a Abs 1, § 97 Abs 1 EStG nF), sofern ein öffentliches Angebot in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht nach § 27a Abs 2 Z 2 EStG nF gegeben ist. Bei **Auslandsverwahrung** sind laufende Zinsen und Substanzgewinne im Rahmen der persönlichen Einkommensteuererklärung anzugeben. Darauf ist – beim Vorliegen des öffentlichen Angebots in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht – der besondere Steuersatz von 25% anzuwenden (§ 27a Abs 1 EStG nF). Liegt kein öffentliches Angebot in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht vor, so gelangt der progressive Steuersatz von bis zu 50% zur Anwendung (§ 33 Abs 1 EStG nF).

Entsteht bei Rückzahlung oder vorzeitiger Veräußerung ein Substanzverlust, kann dieser grundsätzlich mit anderen Einkünften aus Kapitalvermögen verrechnet werden. Die Verrechnung hat im Rahmen der persönlichen Einkommensteuererklärung und vorbehaltlich der Verlustausgleichsbeschränkungen des § 27 Abs 8 EStG nF zu erfolgen (§ 97 Abs 2 EStG nF).

Sofern die Schuldverschreibungen im Rahmen eines öffentlichen Angebotes begeben werden und der Anleger – hinsichtlich des gesamten Einkommens – nach Maßgabe der progressiven Steuersätze des § 33 Abs 1 EStG zu einem niedrigeren als dem linearen Steuersatz von 25% besteuert wird, kann die Option auf die Besteuerung nach dem Normalsteuersatz (progressiver Tarif nach § 33 Abs 1 EStG) ausgeübt werden (§ 27a Abs 5 EStG nF). In diesem Fall sind Zinsen und Substanzgewinne – zusammen mit anderen endbesteuerungsfähigen Kapitalerträgen – im Rahmen der persönlichen Steuererklärung des Anlegers anzugeben. Die einbehaltene Kapitalertragsteuer wird auf die zu erhebende Einkommensteuer angerechnet und mit dem übersteigenden Betrag dem Anleger erstattet.

Der steuerpflichtige Betrag entspricht bei Einkünften aus der Überlassung des Kapitals nach § 27 Abs 2 EStG nF dem Bruttobetrag der Zinszahlungen (§ 27a Abs 3 Z 1 EStG nF). Als Einkünfte aus realisierten Wertsteigerungen des Kapitalvermögens nach § 27 Abs 3 EStG nF ist die Differenz zwischen dem (ungekürzten) Veräußerungserlös und den Anschaffungskosten zugrunde zu legen. Bezahlte oder erhaltene Stückzinsen sind als Teil des Anschaffungs- oder Veräußerungsvorganges zu sehen (§ 27a Abs 3 Z 2 EStG nF).

Nebenkosten der Anschaffung oder Veräußerung dürfen nicht abgezogen werden. Ebenso wenig sind sonstige im Zusammenhang mit dem Halten der Schuldverschreibungen angefallene Werbungskosten abzugsfähig (§ 20 Abs 2 EStG nF), sofern die Schuldverschreibungen im Rahmen eines öffentlichen Angebots in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht begeben werden.

Besteuerung im Betriebsvermögen natürlicher Personen

Die vorstehenden Grundsätze für natürliche Personen, welche die Schuldverschreibungen im Privatvermögen halten, gelten für – im Betriebsvermögen natürlicher Personen gehaltene – Schuldverschreibungen sinngemäß, jedoch unter Beachtung folgender Besonderheiten: Die Einkünfte gelten als betriebliche Einkünfte. Substanzgewinne und Substanzverluste unterliegen – beim Vorliegen eines öffentlichen Angebotes in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht – als Einkünfte aus realisierten Wertsteigerungen des Kapitalvermögens nach § 27 Abs 3 EStG nF zwar dem besonderen Steuersatz von 25% und – im Rahmen der Veranlagung – der Endbesteuerung (§ 97 Abs 1 EStG nF). Betriebsausgaben im Zusammenhang mit dem Erwerb, der Veräußerung oder dem Halten der Schuldverschreibungen dürfen im Rahmen der Veranlagung in eingeschränktem Ausmaß berücksichtigt werden (§ 6 Z 2 lit c EStG nF).

Besteuerung im Privatvermögen von Privatstiftungen

Die vorstehenden Grundsätze für natürliche Personen, welche die Schuldverschreibungen im Privatvermögen halten, gelten für (eigennützige, dh nicht gemeinnützige) Privatstiftungen sinngemäß, jedoch unter Beachtung folgender Besonderheiten: Statt der KEST bzw des besonderen Steuersatzes von 25% ist das Regime der Zwischenbesteuerung mit dem Körperschaftsteuersatz von 25% anzuwenden (§ 13 Abs 3 KStG nF). Die Zwischenbesteuerung unterbleibt insoweit als im Veranlagungszeitraum Zuwendungen an Begünstigte erfolgen und davon die KEST einbehalten worden ist sowie keine Entlastung von der KEST aufgrund von Doppelbesteuerungsabkommen erfolgt (§ 13 Abs 3 KStG nF). Bei Inlandsverwahrung der Schuldverschreibungen findet die Befreiung von der KEST nach § 94 Z 12 EStG nF Anwendung.

Liegt kein öffentliches Angebot in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht vor, sind Zinsen und Substanzgewinne zum Körperschaftsteuersatz von 25% steuerpflichtig.

Besteuerung im Betriebsvermögen juristischer Personen und Privatstiftungen

Erträge aus Schuldverschreibungen unterliegen als Einkünfte aus Gewerbebetrieb dem Körperschaftsteuersatz von 25%. Bei Privatstiftungen ist die Befreiung von der KEST nach § 94 Z 12 EStG nF anzuwenden. Bei Kapitalgesellschaften kann die Befreiung von der Kapitalertragsteuer nach § 94 Z 5 EStG nF zur Anwendung kommen. Auf die Besonderheiten aufgrund der Gewinnermittlungsvorschriften (Buchhaltungs- und Bilanzierungsvorschriften) wird an dieser Stelle kein ausdrücklicher Bezug genommen. Allfällige Substanzgewinne und -verluste werden im Rahmen der betrieblichen Einkünfte erfasst. Es ist der Körperschaftsteuersatz von 25% anzuwenden.

Besteuerung eines Steuerausländers

Natürliche Personen und Kapitalgesellschaften, die in Österreich nicht unbeschränkt steuerpflichtig sind, unterliegen mit ihren Erträgen aus den Schuldverschreibungen nicht der österreichischen Einkommen- bzw Körperschaftsteuer, sofern die Einkünfte daraus nicht zum inländischen Betriebsvermögen oder dem land- und forstwirtschaftlichen Vermögen gehören.

Bei Verwahrung der Schuldverschreibungen auf einem österreichischen Depot ist das kuponauszahlende Kreditinstitut – beim Vorliegen eines öffentlichen Angebotes in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht – zur Einbehaltung der KEST verpflichtet. Der Abzug der KEST unterbleibt, wenn der Anleger dem Kreditinstitut (der kuponauszahlenden Stelle) seine Ausländereigenschaft nachweist bzw glaubhaft macht, dass er im Inland weder einen Wohnsitz noch seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat oder dass er die Voraussetzungen für die beschränkte Steuerpflicht auf Grund der Zweitwohnsitzverordnung, BGBl II 2003/528 erfüllt (Rz 8018 EStR 2000).

Bei natürlichen Personen, die in Österreich der beschränkten Einkommensteuerpflicht unterliegen, können laufende Zinsen und der positive Unterschiedsbetrag der EU-Quellensteuer nach dem EU-QuStG (BGBl I 2004/33) unterliegen. Mit dem EU-QuStG wurde die Richtlinie des Rates 2003/EG/48 vom 3. Juni 2003 im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen in Österreich umgesetzt. Voraussetzung ist, dass die natürliche Person als wirtschaftlicher Eigentümer der Zinsen zu sehen ist und seinen Wohnsitz innerhalb der Europäischen Union hat. Als wirtschaftlicher Eigentümer ist – von Ausnahmetatbeständen abgesehen – jede natürliche Person zu sehen, die eine Zinszahlung vereinnahmt oder zu deren Gunsten eine Zinszahlung erfolgt (§ 2 Abs 1 EU-QuStG).

Für die Anwendung der EU-Quellensteuer ist zudem erforderlich, dass die laufenden Erträge aus den vorliegenden Schuldverschreibungen als Zinszahlung im Sinne von § 6 Abs 1 EU-QuStG zu sehen sind. Nach dem Schreiben des BMF vom 1. August 2005 hängt die steuerliche Behandlung in erster Linie davon ab, ob eine Kapitalgarantie vorliegt oder nicht.

Bei kapitalgarantierten Schuldverschreibungen (**Schuldverschreibungen mit Kapitalschutz**) ist zunächst zwischen garantierten und nichtgarantierten Erträgen zu unterscheiden. Während alle im Voraus garantierten Erträge als Zinsen gemäß EU-QuStG zu sehen sind, hängt die Qualifikation bei allen anderen nicht garantierten Erträge von der Art Ihrer Bezugsgröße ab. Handelt es sich bei der

Bezugsgröße um Aktien, stellt der Ertrag keine Zinsen nach EU-QuStG dar. Handelt es sich bei der Bezugsgröße um Zinssätze, gelten die Erträge als Zinsen nach § 6 EU-QuStG.

Bei **Schuldverschreibungen ohne Kapitalschutz** ist auf den Basiswert abzustellen. Handelt es sich bei der Bezugsgröße um Aktien oder Aktienindices, stellen die Erträge keine Zinsen nach EU-QuStG dar. Handelt es sich bei der Bezugsgröße hingegen um Anleiheindices, liegen dann keine Zinsen nach § 6 Abs 1 EU-QuStG vor, wenn sich der Index aus mindestens fünf unterschiedlichen Anleihen unterschiedlicher Emittenten zusammensetzt und der Wert einer einzelnen Anleihe nicht mehr als 80% des Index beträgt.

Keine EU-Quellensteuer ist zu erheben, wenn der wirtschaftliche Eigentümer der österreichischen Zahlstelle eine vom Wohnsitzfinanzamt seines Wohnsitzstaates aus seinen Namen ausgestellte Bescheinigung nach § 10 Abs 2 EU-QuStG bzw Art 13 Abs 2 Richtlinie 2003/EG/48 vorlegt. Die Bescheinigung muss folgende Angaben enthalten: Name, Anschrift und Steuer- oder sonstige Identifizierungsnummer oder in Ermangelung einer solchen, das Geburtsdatum und Geburtsort des wirtschaftlichen Eigentümers, Name und Anschrift der Zahlstelle, Kontonummer des wirtschaftlichen Eigentümers oder in Ermangelung einer solchen, Kennzeichen des Wertpapiers. Die Bescheinigung gilt für einen Zeitraum von drei Jahren ab Ausstellung.

5. Besteuerung im Großherzogtum Luxemburg

Bitte beachten Sie, dass das unter den folgenden Überschriften verwendete Konzept der Ansässigkeit lediglich auf die Veranlagung unter der luxemburgischen Einkommensteuer anwendbar ist. Sämtliche Verweise in diesem Teil bezüglich Steuern und Abgaben und Gebühren beziehen sich ausschließlich auf luxemburgische steuerliche Konzepte unter Ausschluss aller anderen Konzepte. Bitte beachten Sie weiterhin, dass ein Verweis auf die luxemburgische Einkommensteuer zugleich den Verweis auf die Körperschaftsteuer (*impôt sur le revenu des collectivités*), die Gewerbesteuer (*impôt commercial communal*), den Solidaritätszuschlag (*contribution au fonds de l'emploi*), sowie die persönliche Einkommensteuer (*impôt sur le revenu*) enthält. Anleihegläubiger können ferner der Vermögenssteuer (*impôt sur la fortune*) sowie weiteren Steuern, Gebühren und Abgaben unterliegen. Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Solidaritätszuschlag finden auf die meisten Gesellschaften Anwendung, die zum Zweck der Luxemburger Besteuerung in Luxemburg ansässig sind. Natürliche Personen unterliegen als Steuerzahler grundsätzlich der Einkommensteuer sowie dem Solidaritätszuschlag. Eine natürliche Person kann in ihrer Form als Steuerzahler unter besonderen Umständen der Gewerbesteuer unterliegen, soweit sie ein Gewerbe ausführt.

Steuerwohnsitz von Anleihegläubigern in Luxemburg

Ein Anleihegläubiger wird in Luxemburg weder unbeschränkt steuerpflichtig, noch als solcher behandelt, aufgrund der bloßen Inhaberschaft oder der Ausübung, Kündigung, Ablieferung und/oder Vollstreckung von Schuldverschreibungen.

Quellensteuer

In Luxemburg nicht ansässige Anleihegläubiger

Vorbehaltlich der Gesetze vom 21. Juni 2005 (die „**Gesetze**“), die die Richtlinie 2003/48/EG vom 3. Juni 2003 im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen („**EU-Zinsrichtlinie**“) und diesbezügliche Staatsverträge mit Drittstaaten in nationales Recht umsetzen, unterliegen von einer luxemburgischen Zahlstelle an nicht ansässige Anleihegläubiger geleistete Zinszahlungen (einschließlich Stückzinsen), keiner Quellenbesteuerung. Nicht im voraus garantierte Zinsen, Rückzahlungs- oder Kündigungsbeträge an nicht-ansässige Anleihegläubiger dürften nicht als Zins im Sinne der EU-Richtlinie gelten, soweit die Bezugsgröße hierfür Aktien, Aktienindices, Metalle oder ähnliches sind und somit grundsätzlich keiner luxemburgischen Quellensteuer unterliegen. Allerdings bestehen hierzu keine verbindlichen Richtlinien der luxemburgischen Steuerbehörde. Es besteht weiterhin keine luxemburgische Quellenbesteuerung, im Falle der Rückzahlung des Nennbetrages, des Rückkaufs, Verkaufs oder Tauschs von Schuldverschreibungen.

Gemäß der EU-Zinsrichtlinie ist eine luxemburgische Zahlstelle seit 1. Juli 2005 verpflichtet, auf Zins-

zahlungen und ähnliche Einkünfte, hierunter können auch prinzipiell die bei Fälligkeit gezahlten Rückzahlungsprämien von Anleihen fallen, die an natürliche, in anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union ansässige Personen oder an eine niedergelassene Einrichtung („**Niedergelassene Einrichtungen**“) im Sinne des Artikels 4.2 der EU-Zinsrichtlinie (das heißt eine Rechtsform ohne eigene Rechtspersönlichkeit - ausgenommen von (i) *finnischen avoin yhtiö und kommandiittiyhtiö / öppet bolag und kommanditbolag* (ii) *schwedischen handelsbolag und kommanditbolag* – und, deren Gewinn den allgemeinen Vorschriften der Unternehmensbesteuerung unterliegt und die weder als eine OGAW zugelassen ist nach der Richtlinie 85/611/EWG noch hierfür optiert hat) gezahlt werden, eine Quellensteuer einzubehalten, falls der Begünstigte der Zinszahlungen nicht den Austausch von Informationen bevorzugt und wählt. Das gleiche Regime ist anwendbar für Zinszahlungen an natürliche Personen und Niedergelassene Einrichtungen in eines der folgenden Territorien: Aruba, Britischen Jungferninseln, Guernsey, Jersey, Isle of Man, Montserrat und die Niederländische Antillen.

Der Steuersatz unter der EU-Zinsrichtlinie beträgt derzeit 20% und erhöht sich zum 1. Juli 2011 auf 35%. Dieses System der Quellenbesteuerung gilt jedoch lediglich für einen Übergangszeitraum, der enden wird zum Ende des ersten Steuerjahres, nach dem bestimmte Nicht-EU Staaten dem Austausch diesbezüglicher Informationen zugestimmt haben.

In Luxemburg ansässige natürliche Personen

Gemäß dem Gesetz vom 23. Dezember 2005 unterliegen Zinszahlungen oder vergleichbare Einkünfte seit 1. Januar 2006 (Zinsgutschriften bereits seit 1. Juli 2005), die von luxemburgischen Zahlstellen oder auf Option von Zahlstellen in anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sowie des Europäischen Wirtschaftsraumes an natürliche in Luxemburg ansässige Personen geleistet werden, einer 10%igen Quellensteuer, wobei die Definition von Zinszahlungen derjenigen der EU-Zinsrichtlinie bzw. der Gesetze entspricht. Bei natürlichen Personen, die lediglich im Rahmen der Verwaltung ihres Privatvermögens handeln, hat diese Quellenbesteuerung eine vollständige Abgeltungswirkung hinsichtlich der diesbezüglichen Einkommensteuer. Ansonsten ist die Quellenbesteuerung vollständig anzurechnen.

Ertragsbesteuerung der Anleihegläubiger

In Luxemburg ansässige natürliche Personen

In Luxemburg ansässige Anleihegläubiger beziehungsweise nicht in Luxemburg ansässige Anleihegläubiger, die eine Betriebsstätte oder einen ständigen Vertreter in Luxemburg haben, denen die Schuldverschreibungen zuzurechnen sind, müssen zugeflossene Zinszahlungen in das zu versteuernde Einkommen mit aufnehmen, soweit diese nicht bereits der endgültigen 10%igen Quellensteuer gemäß dem Gesetz vom 23. Dezember 2005 unterlagen. Sie sind bei Rückzahlung des von ihnen investierten Nennbetrags keiner luxemburgischen Einkommensteuer unterworfen.

Anleihegläubiger, bei denen es sich um in Luxemburg ansässige natürliche Personen handelt, die im Rahmen der Verwaltung ihres Privatvermögens handeln, müssen bei der Veräußerung von fest verzinsten Schuldverschreibungen keine Steuern auf Veräußerungsgewinne entrichten, sofern nicht die Veräußerung der Schuldverschreibungen vor dem Erwerb der Schuldverschreibungen erfolgt oder die Schuldverschreibungen innerhalb von sechs Monaten nach Erwerb veräußert werden. Bei Rückkauf, Rücknahme, Kündigung oder Umtausch von Schuldverschreibungen müssen in Luxemburg ansässige natürliche Personen jedoch den Anteil des Rückkauf-, Rücknahme-, Kündigungs- oder Umtauschpreises, der den Stückzinsen oder dem Gewinn auf die Schuldverschreibungen entspricht, ihrem steuerpflichtigen Einkommen zurechnen, soweit dieser Stückzins in den Anleihebedingungen gesondert ausgewiesen ist. Eine natürliche Person, die im Rahmen der Verwaltung ihres Privatvermögens handelt, und bei Verkauf, Kündigung oder Tausch von Schuldverschreibungen einen Gewinn realisiert, hat die Differenz zwischen dem Verkaufs-, Kündigungspreis und dem Anschaffungspreis der Schuldverschreibungen zu versteuern, soweit die Schuldverschreibungen keiner festen Verzinsung unterliegen (sog. Zero-Coupons).

Im Falle der Kündigung, des Verkaufs oder der anderweitigen Veräußerung von Schuldverschreibungen unterliegen die in Ausübung einer gewerblichen oder professionellen Tätigkeit erzielten Gewinne in den Händen einer natürlichen Person, die zum Zweck der

Luxemburger Besteuerung in Luxemburg ansässig ist oder die eine Betriebsstätte oder einen ständigen Vertreter in Luxemburg unterhält, denen die Schuldverschreibungen zuzurechnen sind, der luxemburgischen Einkommensteuer. Als Einkünfte ist die Differenz zwischen a) dem Verkaufs-, Kündigungs- oder Tilgungsbetrag und b) dem niedrigeren der Beträge von Anschaffungspreis oder Buchwert der Schuldverschreibungen anzusehen.

In Luxemburg ansässige Gesellschaften

In Luxemburg ansässige Gesellschaften (*sociétés de capitaux*), die Anleihegläubiger sind, beziehungsweise nicht in Luxemburg ansässige Gesellschaften, die eine Betriebsstätte oder einen ständigen Vertreter in Luxemburg haben, denen die Schuldverschreibungen zuzurechnen sind, müssen zugeflossene Zinszahlungen in das zu versteuernde Einkommen mit aufnehmen. Zinseinkommen unterliegen der Körperschaftssteuer.

Im Falle des Verkaufs, der Rückzahlung oder der anderweitigen Veräußerung von Schuldverschreibungen sind die von einer Kapitalgesellschaft (*société de capitaux*) erzielten Gewinne in ihrem steuerbaren Gewinn mit einzuschließen, insoweit die Gesellschaft zum Zweck der Besteuerung in Luxemburg ansässig ist, eine Betriebsstätte oder einen ständigen Vertreter in Luxemburg unterhält, denen die Schuldverschreibungen zuzurechnen sind. Als Einkünfte ist die Differenz zwischen a) dem Verkaufs-, Kündigungs- oder Tilgungsbetrag und b) dem niedrigeren der Beträge von Anschaffungspreis oder Buchwert der Schuldverschreibungen anzusehen.

In Luxemburg ansässige Gesellschaften, die einem gesonderten Steuersystem unterliegen

Anleihegläubiger, die einem gesonderten Steuersystem unterliegen, wie z.B. dem Gesetz vom 31. Juli 1929 über Holdinggesellschaften, dem Gesetz vom 20. Dezember 2002 über OGA, dem Gesetz vom 13. Februar 2007 über Spezialfonds oder dem Gesetz vom 11. Mai 2007 über Gesellschaft zur Verwaltung von Familienvermögen, sind in Luxemburg von der Körperschafts- und Vermögenssteuer befreit. Zinseinkommen aus den Schuldverschreibungen sowie Gewinne durch deren Verkauf oder anderweitigen Veräußerung unterliegen keiner Einkommensteuer.

Diese Hinweise können die steuerliche Beratung im Einzelfall nicht ersetzen, da letztlich auch die individuelle Situation des einzelnen Anlegers berücksichtigt werden muss. Daher sollte jeder Anleger den Rat eines Vertreters der steuerberatenden Berufe einholen.

Da zu innovativen Anlageinstrumenten derzeit keine höchstrichterliche Urteile vorliegen, kann nicht ausgeschlossen werden, dass eine andere Besteuerung für zutreffend gehalten wird.

Die Emittentin übernimmt keine Verantwortung für die Einbehaltung von Steuern an der Quelle.

V. Verkaufsbeschränkungen

Die Emittentin hat mit Ausnahme der Veröffentlichung und Hinterlegung des Prospekts keinerlei Maßnahmen ergriffen und wird keinerlei Maßnahmen ergreifen, um das öffentliche Angebot der Schuldverschreibungen oder ihren Besitz oder den Vertrieb von Angebotsunterlagen in Bezug auf die Schuldverschreibungen in einer Rechtsordnung zulässig zu machen, in der zu diesem Zweck besondere Maßnahmen ergriffen werden müssen. Schuldverschreibungen dürfen innerhalb einer Rechtsordnung oder mit Ausgangspunkt in einer Rechtsordnung nur angeboten, verkauft oder geliefert werden, wenn dies gemäß der anwendbaren Gesetze und anderen Rechtsvorschriften zulässig ist und der Emittentin keinerlei Verpflichtungen entstehen.

Vertragsstaaten des Europäischen Wirtschaftsraums

In Bezug auf Mitgliedstaaten des Europäischen Wirtschaftsraums, welche die Europäische Richtlinie 2003/71/EG (nachfolgend die „Prospektrichtlinie“, wobei der Begriff der Prospektrichtlinie auch die Europäische Richtlinie 2010/73/EU zur Änderung der Richtlinie 2003/71/EG, sofern umgesetzt, sowie sämtliche Umsetzungsmaßnahmen jedes der Mitgliedstaaten des Europäischen Wirtschaftsraums mitumfasst) umgesetzt haben, findet ein öffentliches Angebot der Schuldverschreibungen in dem betreffenden Mitgliedstaat nur wie folgt statt:

- (a) das Angebot muss innerhalb des Zeitraums beginnend mit Veröffentlichung des Prospekts und endend zwölf Monate nach der Veröffentlichung des Prospekts erfolgen, wobei der Prospekt von der zuständigen Behörde des Herkunftsstaats der Emittentin in Übereinstimmung mit der Prospektrichtlinie gebilligt oder seine grenzüberschreitende Geltung in Übereinstimmung mit §§ 17, 18 des Wertpapierprospektgesetzes der zuständigen Behörde des jeweiligen Mitgliedsstaats angezeigt worden ist; oder
- (b) das Angebot muss unter solchen Umständen erfolgen, die nicht gemäß Art. 3 Prospektrichtlinie die Veröffentlichung eines Prospekts durch die Emittentin erfordern.

Der Begriff „öffentliches Angebot von Wertpapieren“ bezeichnet in diesem Zusammenhang eine Mitteilung an das Publikum in jedweder Form und auf jedwede Art und Weise, die ausreichende Informationen über die Angebotsbedingungen und die anzubietenden Wertpapiere enthält, um einen Anleger in die Lage zu versetzen, sich für den Kauf oder die Zeichnung dieser Wertpapiere zu entscheiden. Käufer der Schuldverschreibungen sollten beachten, dass der Begriff „öffentliches Angebot von Wertpapieren“ je nach Umsetzungsmaßnahme in den Mitgliedstaaten des Europäischen Wirtschaftsraums variieren kann.

Vereinigte Staaten von Amerika

Die Schuldverschreibungen wurden und werden nicht nach dem United States Securities Act von 1933 oder bei einer Wertpapieraufsichtsbehörde in den Vereinigten Staaten registriert und dürfen nicht in den Vereinigten Staaten oder an eine US-Person (wie in Regulation S gemäß dem United States Securities Act von 1933 definiert), mit Ausnahme gemäß einer Befreiung von den Registrierungserfordernissen des Securities Act oder im Rahmen einer Transaktion, die nicht diesen Erfordernissen unterliegt, angeboten oder verkauft werden. Weder die United States Securities and Exchange Commission noch eine sonstige Wertpapieraufsichtsbehörde in den Vereinigten Staaten hat die Schuldverschreibungen gebilligt oder die Richtigkeit des Basisprospektes bestätigt. Dieser Basisprospekt ist nicht für die Benutzung in den Vereinigten Staaten von Amerika vorgesehen und darf nicht in die Vereinigten Staaten von Amerika geliefert werden. Die Schuldverschreibungen werden zu keinem Zeitpunkt innerhalb der Vereinigten Staaten von Amerika oder an eine US-Person (wie in Regulation S gemäß dem United States Securities Act von 1933 definiert) weder direkt noch indirekt angeboten, verkauft, gehandelt oder geliefert. Bis 40 Tage nach dem Beginn des Angebots bzw. dem Valutatag, je nachdem welcher Zeitpunkt später ist, kann ein Angebot oder Verkauf der Schuldverschreibungen in den Vereinigten Staaten von Amerika gegen die Registrierungserfordernisse des United States Securities Act von 1933 verstoßen.

Vereinigtes Königreich

Die Emittentin als Verkäuferin der Schuldverschreibungen hat gewährleistet,

- (i) dass sie eine Aufforderung oder einen Anreiz zu einer Anlagetätigkeit (im Sinne von § 21 des des Financial Services Markets Act (der „FSMA“)), die sie im Zusammenhang mit der Ausgabe oder dem Verkauf der Schuldverschreibungen erhalten hat, ausschließlich unter Umständen weitergegeben hat oder weitergeben wird oder eine solche Weitergabe veranlasst hat oder veranlassen wird, unter denen § 21 (1) des FSMA nicht auf die Emittentin anwendbar wäre, wenn die Emittentin keine *authorised person* im Sinne des FSMA gewesen wäre, und
- (ii) dass sie bei allen ihren Handlungen in Bezug auf die Schuldverschreibungen, soweit sie im Vereinigten Königreich erfolgen, von diesem ausgehen oder dieses betreffen, alle anwendbaren Bestimmungen des FSMA erfüllt hat und erfüllen wird.

München, 9. Dezember 2011

Bayerische Landesbank
